Die geschichtlichen Vorbedingungen des europäischen Krieges

Vorträge

gehalten

im Gemeindeverein Winterthur im November 1914

von

Prof. Dr. W. Hünerwadel

Separatabdruck aus dem „Neuen Winterthurer Tagblatt"

Winterthur :: Buchdruckerei Winterthur vorm. G. Binkert :: 1915

Verlag: Art. Institut Orell Füßli, Zürich.

Die geschichtlichen Vorbedingungen des europäischen Krieges

Vorträge

gehalten

im Gemeindeverein Winterthur im November 1914

von

Prof. Dr. W. Hünerwadel

Separatabdruck aus dem „Neuen Winterthurer Tagblatt"

Winterthur :: Buchdruckerei Winterthur vorm. G. Binkert :: 1915

940.911
H89g

Inhalt.

Einleitung.
I. Die orientalische Frage.
II. Die Expansionsfrage (koloniale und wirtschaftliche Expansion).
III. Die Konstellation der Mächte seit 1871. Allianzen und Ententen.
IV. Die Weltpolitik und die Krisen.
V. Die Neugruppierung der Mächte unter dem Einfluß der Weltpolitik.
VI. Zwischen Krieg und Frieden.
VII. Das Schwergewicht der Mächte.
VIII. Der Eintritt der Mächte in den Krieg.
Schluß.

P 40364

Diese Arbeit kann keine Geheimnisse verraten; ich weiß nichts, was nicht jedermann weiß oder wissen kann. Was ich zu geben versuche, ist eine Betrachtung vom geschichtlichen Standpunkte aus, ein bescheidener Beitrag zu einer Antwort auf die Frage, wie das möglich geworden ist, was wir mit innerem Grauen erleben.

Der Organismus jedes einzelnen Staates ist ein Lebendiges, das sich, wie alles Lebendige, in stetem Fluß, in fortwährender Veränderung befindet. Dasselbe gilt für die Gesamtheit der Staaten, die zusammen auch wieder einen einheitlichen Organismus bilden, wenn auch einen viel größeren und komplizierteren. Wenn die Veränderungen sich langsam und mit einer gewissen Regelmäßigkeit vollziehen, erweisen sie sich als normale Entwicklungsvorgänge; in ihnen verläuft das Leben der Einzelnen und des Gesamten. Es gibt nun aber Stellen in diesem Organismus, welche in besonderem Grade veränderlich sind, noch nicht einbezogen in die Stetigkeit der Entwicklung, und welche deshalb eine schwere Bedrohung der Gesamtheit bedeuten. Die Gründe der Unstimmigkeit können mannigfaltiger Art sein: ungesunde oder mangelhafte Bildung des kritischen Teiles, fehlerhafte oder nicht organische Beziehungen desselben zu andern Teilen, Unsicherheit dieser Beziehungen. Diese variabeln, noch nicht organisch eingefügten Partien sind bekannt unter der diplomatischen Bezeichnung der „Fragen“ (orientalische

Frage usw.). Die Geschichte beseitigt, löst fortwährend solche Fragen, schafft aber auch immer wieder neue; von ihnen aus gehen vor allem die Bedrohungen einer friedlichen Entwicklung. Ich möchte im folgenden die Ausführungen nach solchen Fragen gruppieren. An den Anfang stelle ich die älteste und berühmteste, die orientalische Frage. Daran schließe ich das, was ich als die Expansionsfrage bezeichnen möchte, die ihrerseits wieder zahlreiche spezielle Fragen enthält, so z. B. die ostasiatische; wir können sie unter der Einheit der kolonialen Entwicklung betrachten, in welche ich auch die Konflikte einbeziehe, die aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb sich ergeben. Daran schließe ich eine Betrachtung der politischen Wechselbeziehungen der europäischen Mächte, da aus diesen erst sich die außerordentliche Rückwirkung erklärt, die jene sogenannten Fragen auslösen. Sie ist umso schärfer, da die Gruppierung der europäischen Großmächte zum guten Teil unter der Einwirkung gewisser Fragen erfolgt ist: eben der orientalischen und ferner der elsaß-lothringischen Frage. In neuerer Zeit spielt auch die Expansionsfrage stark mit hinein.

I.

Im Jahre 1888 hat Bismarck in einer Reichstagsrede als diejenige Krisis, von der am ehesten eine europäische Kriegsgefahr ausgehen könne, die orientalische bezeichnet. Die neuesten Ereignisse haben ihm recht gegeben, und so erwächst uns die Aufgabe, zunächst die Geschichte der orientalischen Frage in ihren Hauptzügen zu überblicken.

Die orientalische Frage ist aus dem Umstande erwachsen, daß auf der Balkanhalbinsel und in den

angrenzenden Teilen Vorderasiens kein nationaler Staat sich gebildet hat, der eine unbedingte Anerkennung seines Besitzstandes und seiner Existenz bei der europäischen romanisch-germanisch-slavischen Staatenwelt gefunden hat. Dieser Umstand ist umso schwerwiegender, als es sich dabei um Gebiete handelt, die ihrem innern Wert und ihrer geographischen Lage nach von der größten Bedeutung sind. Sie liegen an der Grenze Europas und Asiens, und das Problem ruht ja gerade darauf, daß ein Völkervorstoß aus dem innern, mongolisch-türkischen Asien zur Besitzergreifung und Staatenbildung in jenen Gebieten geführt hat. Schon in früheren Perioden der Geschichte haben solche Vorstöße stattgefunden: Hunnen, Avaren, Mongolen sind in die osteuropäischen Länder eingebrochen, aber nach kürzerer oder längerer Zeit wieder vertrieben worden. Von den früheren asiatischen Eindringlingen haben sich nur die Magyaren gehalten, indem sie sich zu europäisieren vermochten.

Der letzte und folgenreichste Vorstoß ist der einer türkischen Gruppe, der Oghusen, gewesen, welche in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts in Kleinasien sich festsetzten. Von ihrem zweiten Fürsten, Osman I., nahmen sie den Volksnamen der Osmanen an. Es ist anzuerkennen, daß die türkischen Sultane eine Reihe von tüchtigen, höchst tatkräftigen Männern unter sich zählten, und daß die Türken überhaupt, in gewissen Grenzen, eine starke staatenbildende Kraft in sich trugen; ich erinnere hier daran, daß der große Eroberer und Staatenbildner Timur (gest. 1405) türkischer Abstammung war, ebenso Baber, der Begründer des Reiches des sogenannten Großmoguls (mit Delhi als Hauptstadt, 1526), ferner die regierenden Häuser in Persien und Afghanistan.

Im Jahre 1354 setzten sich die Osmanen auf europäischem Boden fest durch die Einnahme von Gallipoli; die damals bereits bestehende Völkerzersplitterung auf dem Balkan und die Schwäche des Hauptstaates, des byzantinischen Kaiserreiches, ermöglichten ihnen rasche Fortschritte. Sie besiegten vor allem die Serben, die 20 Jahre früher unter Stephan Duschan eine Glanzzeit erlebt hatten (ein serbisches Großreich), vernichteten das bulgarische Reich und schlugen Angriffe des Königs von Ungarn zurück. In dieser Zeit machten sie Adrianopel zu ihrer Hauptstadt. Noch größer waren ihre Erfolge im 15. Jahrhundert. Sie setzten sich in Makedonien fest, und ihr Sultan Mohammed II., einer der größten türkischen Eroberer, nahm im Jahre 1453 Konstantinopel. Er unterwarf später den größeren Teil von Griechenland, wo die Venetianer zahlreiche Plätze besaßen, unterjochte die Albanesen und erwarb Bosnien und die Herzegowina; auch die rumänischen Fürstentümer (Moldau und Walachei) wurden von ihm abhängig.

Selim I., der von 1512—1520 regierte, eroberte das vordere Asien, sowie Teile von Persien und Aegypten; dieser Sultan erwarb den Titel des Kalifen. Den Höhepunkt in der Entfaltung der türkischen Macht bildet die Regierung Suleiman II. (1520—1566). Unter seiner Führung gewannen die Türken Rhodus, Belgrad, Ungarn und erschienen 1529 vor Wien. Die sogenannten Barbareskenstaaten Nordafrikas: Algier, Tunis, Tripolis wurden von türkischen Statthaltern regiert. Nur Marokko blieb selbständig.

Nach dem Tode Suleiman II. (1566) beginnt der Umschwung, tritt ein freilich zunächst kaum merklicher Verfall ein. Er kommt von innen heraus; die Verfassung des türkischen Reiches diente fast

ausschließlich kriegerischen Zwecken, war ein eigenartiger Militarismus, der vom 17. Jahrhundert an zu entarten beginnt, namentlich als man darauf verzichtete, regelmäßige Tribute an Christenknaben zu erheben, welche in das Heer und in die Verwaltung aufgenommen wurden. Zudem entwickelten sich immer stärker die schlimmen Seiten des türkischen Absolutismus; die Sultane verfielen den Einwirkungen der intrigierenden Umgebung, besonders des Harems. Vor allem aber zeigte sich immer deutlicher die Unfähigkeit der Türken, sich mit den unterworfenen christlichen Völkern zu einer einheitlichen Nation zu verschmelzen; ihre geringe Kulturfähigkeit und der religiöse Hochmut des Islam tragen die Hauptschuld daran.

Der äußere Umschwung beginnt mit der unglücklichen Belagerung von Wien (1683). Es folgen die Zeiten der so populär gewordenen Türkenkriege, an denen sich in erster Linie Oesterreich, dann aber auch Rußland beteiligten. Im Norden der Donau verbleiben den Türken nur die rumänischen Fürstentümer; die Nordküste des Schwarzen Meeres verlieren sie an Rußland; bis zum Ende des 18. Jahrhunderts sind sie bis an die Donaumündung zurückgedrängt. Auch sonst verschlechterte sich die Gesamtlage des türkischen Islams, da in Indien sich die englische Herrschaft in der zweiten Hälfte des 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts festsetzte, und um die Mitte des 19. Jahrhunderts Rußland kraftvoll im Kaukasus und in Mittelasien vordrang.

Um die Wende des 18. auf das 19. Jahrhundert trat eine neue Erscheinung zu Tage: Von dem revolutionären Frankreich aus ging der Gedanke, die Türkei zu reformieren und dadurch gegen Oesterreich und Rußland widerstandsfähiger zu machen.

Die erste Militärmission in der Türkei zum Zwecke einer Reorganisation des türkischen Heerwesens war eine französische unter General Aubert-Dubayet. Wenig fehlte im Jahre 1795, daß nicht Napoleon Bonaparte als Artillerie-Instruktionsoffizier nach Konstantinopel ging. Die Reformen scheiterten schließlich an dem innern Widerstande der Türken und an der Empörung der Janitscharen, d. h. der alten Truppe. Die Beseitigung der Janitscharen, 1827, ist eine der wichtigsten Vorbedingungen für spätere Reformen gewesen.

Napoleon I. hat sich intensiv und großzügig mit der orientalischen Frage befaßt und im Vertrag von Tilsit sogar mit dem russischen Zaren eine eventuelle Liquidation der Türkei in Aussicht genommen. Höchst bezeichnend ist in diesem Projekte der Umstand, daß Konstantinopel und seine Umgebung türkisch bleiben soll (das entspricht ungefähr, was die Türkei betrifft, dem Ergebnis des letzten Balkankrieges). Napoleon sagte, daß die Großmacht, welche Konstantinopel besitze, die Welt beherrsche (damals bestand der Suezkanal noch nicht). Die Teilung kam nicht zustande. Napoleon hat schließlich die Türkei nicht aufgeben wollen, und Rußland hat in einem eigenen Kriege die Grenzen auf Kosten der Türkei verbessert.

Von größter Bedeutung für die Entwicklung der Zustände auf dem Balkan war aber die Einwirkung der Ideen der französischen Revolution; es kam zu Erhebungen der unterdrückten Völker: Serben, Montenegriner, Albanesen, Griechen empörten sich. Montenegro errang in siegreichen Kämpfen eine fast völlige Selbständigkeit unter einem Wladiken (weltlicher und geistlicher Fürst). Serbien hat in Kämpfen von 1804—1817 unter der Führung von Kara Georg und später Miloſch Obrenowitsch wenigstens die innere Selbständigkeit und ein nationales, erbliches

Fürstentum gewonnen. Der berühmteste unter diesen Freiheitskriegen ist der griechische geworden; von 1821—1829 haben die Griechen unter den mannigfaltigsten, zum Teil selbstverschuldeten Rückschlägen und nach furchtbaren Leiden, unter der Teilnahme des gebildeten Europa und dem erst spät erfolgten Eingreifen der Mächte, ihre Unabhängigkeit gewonnen. — Von den Barbareskenstaaten haben sich Algier und Tunis sozusagen selbständig gemacht, während Tripolis türkische Provinz wurde.

In Aegypten regierte nach dem Fehlschlag der französischen Eroberung seit 1805 der Albanese Mehemed Ali als türkischer Pascha; da er seine Macht sehr energisch und selbständig entfaltete, suchte ihn der Sultan zu unterwerfen, wurde aber in zwei Kriegen (1833 und 1839) besiegt; Mehemed Ali erhielt die erbliche Statthalterschaft. Die Türkei wurde in dieser Krisis von Rußland gestützt; 1841 wurde der Meerengenvertrag zwischen den fünf Großmächten geschlossen, der den Kriegsschiffen die Durchfahrt durch Dardanellen und Bosporus verbot.

Eine neue Epoche hebt im Jahre 1839 für die Geschichte der Türkei an, indem sie an eine umfassende Reform herantrat. Das Hatti Scherif von Gülhane versprach den Christen weitgehende Sicherheit für Person und Eigentum sowie eine gerechte Verteilung der Steuern.

Im Jahre 1853 glaubte der Zar Nikolaus I. (wegen der heiklen Situation Oesterreichs seit der Märzrevolution 1848) den Moment günstig, zu einer Aufteilung der Türkei zu schreiten; er traf aber auf die entschiedene Abneigung Englands. Als er gleichwohl die Frage des Schutzes über die griechisch-katholischen Einwohner des türkischen Reiches zum Ausgangspunkt eines Streites mit der Türkei nahm, antwortete diese, von England ermutigt, mit

der Kriegserklärung. 1854 schlossen sich England und Frankreich an die Türkei an, Oesterreich nahm eine für Rußland bedrohliche Haltung an; nur Preußen verweigerte strikte jede Feindseligkeit gegen Rußland. Der Krimkrieg wurde 1856 durch den Kongreß von Paris beendigt. Das besiegte Rußland mußte auf seine militär-maritime Stellung im Schwarzen Meere verzichten, ebenso auf die Schutzherrschaft über die Christen in der Türkei. Rußland war vor allem durch England ins Schwarze Meer zurückgedrängt worden. Schon im Jahre 1870 hat sich aber Rußland von den einengenden Vorschriften über das Schwarze Meer befreit.

Unterdessen ging die Entwicklung der christlichen Balkanvölker weiter: 1859 wurden die Moldau und Walachei zu einem Fürstentum Rumänien vereinigt, an dessen Spitze 1866 Karl von Hohenzollern, der vor kurzem verstorbene König Karol, berufen wurde. 1872 lösten sich die Bulgaren vom griechischen Patriarchate und bildeten eine selbständige Kirche. Die russische Politik trug diesen Tatsachen, sowie den Erfahrungen des Krimkrieges Rechnung und machte zunächst die Förderung der christlichen Balkanvölker zum Hauptmittel ihrer Orientpolitik.

Im Jahre 1875 begann eine neue schwere Krisis mit dem Aufstand in Bosnien und der Herzegowina; Serbien und Montenegro unterstützten die Aufständischen, wurden aber von den Türken geschlagen; als nun auch in Bulgarien wegen der Greuel, die türkische irreguläre Truppen begingen, ein Aufstand ausbrach, griff Rußland 1877 ein. Es rechnete damals mit der Möglichkeit, einen Krieg auch gegen Oesterreich-Ungarn führen zu müssen; da es aber von Deutschland keine Zusicherung für absolute Neutralität in einem solchen Kriege erhielt, entschloß es sich zu einer Verständigung mit Oesterreich, indem

es ihm die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina zugestand. Von diesem Momente an datiert eine erste tiefere Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland, welche 1879 durch ihre zunehmende Schärfe Bismarck bestimmte, das Bündnis mit Oesterreich zu schließen. Dieser Vorgang zeigt bis zu einem gewissen Punkte hin denselben Charakter wie die Krisen von 1909 und 1914.

Der Russisch-Türkische Krieg brachte den Russen anfänglich schwere Mißerfolge, die sie veranlaßten, die Hülfe Rumäniens in Anspruch zu nehmen. Mit seiner Unterstützung überwältigten sie Plewna und drangen anfangs 1878 siegreich über den Balkan vor; als sie aber im Frieden von San Stefano den Türken schwere Bedingungen auferlegten, stellte sich ihnen wieder England entgegen, und Rußland ersuchte Bismarck um die Veranstaltung eines Kongresses. Dieser fand in Berlin statt. Der Berliner Vertrag brachte die völlige Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens (welche 1821, respektive 1882, zu Königreichen proklamiert wurden) und die Einrichtung eines Fürstentums Bulgarien unter türkischer Oberhoheit. Ostrumelien erhielt die Selbstverwaltung unter einem christlichen Statthalter. England übernahm die Verwaltung von Cypern, und eine Nachwirkung dieses Konflittes war auch, daß Griechenland 1881 in den Besitz von Thessalien und eines Teiles von Epirus kam.

Oesterreich-Ungarn mußte erst durch blutige Kämpfe 1878—1879 die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina erzwingen, die fortan als sogenanntes Okkupationsgebiet unter österreichischer Verwaltung standen. Es ist eine in der Zeit des Berliner Kongresses neu auftretende Form der Lösung der Balkanfrage, daß Teile der Türkei unter die dem Namen nach provisorische Verwaltung europäischer

Staaten treten. Das ist 1882 nach dem Aufstande gegen die Ausländer auch mit Aegypten geschehen, wo England die Okkupation durchführte.

Während des Krieges war in der Türkei auf kurze Zeit eine von Midhat Pascha entworfene Verfassung in Kraft getreten, welche allen Einwohnern gleiche Rechte gab, eine Volksvertretung schuf und anderweitige Freiheiten gewährte; es ist dieselbe, welche durch die türkische Revolution von 1908 wieder hervorgeholt wurde.

Bulgarien, zu dessen Fürst Alexander von Battenberg gewählt wurde, sollte vorwiegend unter russischem Einfluß stehen. Als es 1885, einer Volksbewegung folgend, die Angliederung Ostrumeliens vornahm, geriet es in Krieg mit Serbien, das geschlagen wurde. Bulgarien erreichte, daß sein jeweiliger Fürst zugleich Statthalter von Ostrumelien sein sollte. Zar Alexander III. war sehr unzufrieden mit diesen Vorgängen und bewirkte schon 1886 den Sturz des Fürsten Alexander. Die russischen Eingriffe erweckten aber einen starken nationalen Gegensatz; Rußland anerkannte den neugewählten Fürsten Ferdinand von Koburg nicht; erst 1896 erfolgte die Aussöhnung mit dem Zaren.

1888 begann Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht festen Fuß zu fassen in der Türkei, indem einer deutschen Bahnbaugesellschaft der Bau einer Bahn durch Kleinasien übertragen wurde; die Weiterführung dieser Bahn (unter französischer Mitwirkung) bis Bagdad hat in unsern Tagen die Besorgnis und den Einspruch Englands hervorgerufen.

In den 90er Jahren des 19. und im Anfang des 20. Jahrhunderts wurde im allgemeinen die Erhaltung des türkischen Besitzstandes die Richtschnur der europäischen Politik, hauptsächlich deshalb, weil Rußland und England, Oesterreich und Italien, das

jetzt in die Reihe der am Balkan interessierten Großmächte eintrat, sich gegenseitig die Wage hielten. So kam es, daß 1895/96 die Armeniergreuel keine europäische Intervention bewirkten. Der Griechisch-Türkische Krieg von 1897, der durch den Aufstand Kretas veranlaßt war, blieb von Anfang an ein bloßes militärisches Schauspiel, da Oesterreich und Rußland die Aufrechterhaltung des bisherigen Besitzstandes vereinbart hatten. Kreta mußte sich mit der Selbstverwaltung unter türkischer Hoheit begnügen.

Im Anfang des 20. Jahrhunderts rückte das makedonische Problem in den Vordergrund, das besonders schwierig ist, weil hier die Mischung der Nationalitäten noch weit größer ist als in den Gebieten, die früher sich von der Türkei getrennt hatten. Die Greuel, welche die Banden begingen, richteten sich nicht nur gegen die Türken, sondern auch gegen die Angehörigen der stammfremden christlichen Nationen. Der Zar Nikolaus II. und Kaiser Franz Joseph verständigten sich 1903 bei der Zusammenkunft in Mürzsteg über die durchzuführenden Reformen; auch Italien und England nahmen an dieser Reformaktion teil; 1908 machte England den Vorschlag, der Sultan solle in Makedonien einen Generalstatthalter einsetzen, der nur mit Zustimmung der Mächte abgesetzt werden dürfe und freie Hand für Reformen habe; das wäre einer Abtrennung Makedoniens von der Türkei gleichgekommen; der Vorschlag wurde von Deutschland, Oesterreich und Rußland abgelehnt.

Schwierigkeiten bereiteten auch die Bahnprojekte, indem Oesterreich eine Linie Sarajewo-Mitrowitza mit Anschluß an die Linie nach Saloniki bauen wollte, während Rußland, Serbien, Montenegro und Italien eine Donau-Adriabahn planten, welche die erstere bei Mitrowitza gekreuzt hätte. In beiden Fällen

standen hinter den wirtschaftlichen Erwägungen solche politisch-militärischer Natur.

Ueber diesen Vorgängen brach im Juli 1908 eine Revolution in der Türkei aus, welche den Sultan Abdul Hamid zwang, jene Verfassung von 1876 wieder in Kraft zu setzen. Wieder einmal schien es, als ob die Balkanfrage auf dem Wege einer Reform der Türkei gelöst werden könnte; allein die Schwierigkeiten mehrten sich, nicht bloß im Innern des türkischen Reiches. Die Frage nach der Stellung von Bosnien und der Herzegowina wurde akut, als die Vertreter für das türkische Parlament gewählt werden mußten. In dieser Lage entschloß sich Kaiser Franz Josef zur Erklärung der völligen Annexion. Das erregte an verschiedenen Stellen den tiefsten Unwillen: in der Türkei, wo das neue Regime durch diesen Verlust empfindlich getroffen wurde; in Italien, weil man dadurch Albanien von Oesterreich bedroht glaubte; vor allem aber in Serbien, wo die Hoffnung auf die Wiederherstellung des großserbischen Reiches, dessen Bild aus dem Mittelalter herüberwinkte, aufs neue erwacht war. Zudem war eben erst ein Zollkrieg mit Oesterreich durch einen neuen Handelsvertrag beendigt worden. Rußland war nicht gesonnen, Serbien fallen zu lassen; auch England nahm eine schroffe Haltung gegen Oesterreich ein; damals hat das entschiedene Auftreten Deutschlands und die versöhnliche Zurückhaltung Frankreichs den Ausbruch des allgemeinen Krieges zu verhindern vermocht. Die Türkei wurde durch die Räumung des Sandschak Novibazar und durch eine finanzielle Entschädigung begütigt, Montenegro und Italien durch andere Zugeständnisse, und schließlich anerkannten alle Mächte die Annexion. — Gleichzeitig hat Bulgarien die Abhängigkeit von der Türkei beseitigt, und Ferdinand hat den Titel eines Zaren angenommen. Montenegro wurde 1910 Königreich.

Zu diesen Vorgängen möchte ich bemerken, daß das Vorgehen Oesterreichs von dem Gesichtspunkte aus begreiflich erscheint, daß es nur mit einer schmalen Front an sein einziges Meer, die Adria, reicht, und daß ein Uebergang Bosniens an Serbien die Lage Oesterreichs in Istrien und Dalmatien fast unhaltbar machen würde. Zudem nagt ja von der andern Seite die italienische Irredenta am adriatischen Besitze Oesterreichs. Uebrigens ist die Besetzung und Verwaltung durch eine fremde Macht fast durchweg die Vorstufe der wirklichen Annexion oder eine Verkleidung derselben, wie das Beispiel Englands in Cypern und Aegypten zeigt. Im italienischen Parlament hat zudem Tittoni als Minister des Aeußern erklärt, daß Oesterreich, da es die Provinzen 1879 erobern mußte, daraus nach allgemeinem Brauche ein Besitzrecht ableitete und das der Pforte mitteilte, und daß die Proteste der Türkei bei keiner Macht angenommen worden seien.

Im Jahre 1909 wurde durch eine erneute Revolution Abdul Hamid gestürzt, und die Partei der Jungtürken übernahm die Regierung. Die Christen wurden jetzt zum Kriegsdienste in der türkischen Armee herangezogen. Da die Jungtürken eine scharf nationale türkische Richtung verfolgten, kam es zu scharfen Spannungen mit den nichttürkischen Nationalitäten; Aufstände brachen in Albanien und Arabien aus. Dazu trat eine Krisis in der jungtürkischen Partei, veranlaßt durch die schroffe Einseitigkeit und das Cliquenwesen der Führer dieser Gruppe. 1912 wurde das Regiment der Jungtürken gestürzt. So war trotz der Modernisierung die Türkei wenig widerstandsfähig, als sie im Herbst 1911 vom Angriffe Italiens getroffen wurde. Italien rechtfertigte sein Vorgehen, wofür es sich die Zustimmung Frankreichs schon neun Jahre früher geholt

hatte, mit der Unordnung, welche in Tripolitanien herrschte. Der Krieg endigte, wie nicht anders zu erwarten war, mit dem Siege Italiens, dessen militärische und finanzielle Leistungsfähigkeit allerdings auf eine harte Probe gestelllt wurde, die jetzt noch nicht zu Ende ist. Es gewann Tripolis und die Kyrenaika, woraus die Provinz Libyen gebildet wurde, und nimmt nun im Mittelmeer eine viel stärkere Stellung ein als bisher.

Die Türkei schloß den Frieden, weil sie vor dem Ausbruch eines neuen Krieges stand: mit den vier Balkanstaaten. Am 17. Oktober brach der neue Krieg aus, am 18. wurde der alte beendigt. Der Balkanbund war im Frühling 1912 zum Abschluß gekommen; er bedeutet eine neue Phase in der Geschichte der orientalischen Frage. Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland stellten in der Frage der makedonischen Reformen ein Ultimatum, das keine selbständige Macht hätte annehmen können. Drei Tage vorher hatte Montenegro schon losgeschlagen, am gleichen Tage, an welchem die Großmächte durch ihre Vorstellungen bei den Verbündeten den Krieg zu verhindern suchten. So war er unvermeidlich geworden. Der Beschluß der Großmächte, daß der Besitzstand auf dem Balkan nicht geändert werden dürfe, fiel vor den Siegen der Verbündeten zusammen. Der Krieg wurde vom Dezember bis Februar durch eine Waffenruhe unterbrochen und dann im Mai 1913 durch den vorläufigen Londoner Frieden beendigt. Unterdessen hatten die Botschafter der Großmächte in London beraten, und aus ihrer Mitte ging der Beschluß hervor, das Fürstentum Albanien zu schaffen. Oesterreich und Italien gingen darin einig, da sie das gemeinsame Interesse hatten, keinen stärkeren slavischen Staat an der Adria sich festsetzen zu lassen. Auch in der Durchführung dieses Beschlusses gegen den

Widerstand von Montenegro, Serbien und Griechenland wirkten sie zusammen. Italien, das muß ausdrücklich hervorgehoben werden, ließ hier seine Interessen durchaus vom Dreibunde decken.

Im Juni traten zwischen den ehemaligen Verbündeten unüberwindliche Schwierigkeiten hervor. Bulgarien wollte die erhöhten Gebietsansprüche von Serbien und Griechenland (die zum Teil motiviert waren durch die Schaffung Albaniens auf Kosten der beiden und Montenegros) nicht befriedigen; dazu meldete sich auch Rumänien mit Gebietsforderungen. Die Diplomatie Bulgariens verstand es nicht, dieser schlimmen Lage zu begegnen, und so ging es in den hoffnungslosen Kampf. Während seines Verlaufes griffen auch die Türken wieder zu den Waffen und eroberten Adrianopel zurück. Die Kraft Bulgariens brach zusammen, und es mußte zu den Verhandlungen nach Bukarest gehen, wo am 10. August 1913 der Friede zustande kam. Ergänzend traten hinzu Friedensschlüsse zwischen Bulgarien und der Türkei und Griechenland und der Türkei (zwischen diesen beiden Staaten ist die Frage nach dem Besitz der Inseln im Aegäischen Meere noch nicht erledigt).

Die Vergrößerung der Balkanmächte stellt sich, nach den mir zu Gebote stehenden Zahlen, in folgender Weise dar:

Bulgarien	1910	4,33	Mill.	Einwohner	1913	4,76
Griechenland	1907	2,63	„	„	1913	4,25
Montenegro	1913	285,000		„	1914	435,000
Serbien	1911	2,95	Mill.	„	1914	4,44
Rumänien	1911	7,08	„	„	1913	7,60

Die europäische Türkei ist zurückgegangen von 6,13 Millionen auf 1,89 Millionen Einwohner.

Bulgarien, das in der kritischen Zeit unter russenfreundlicher Leitung gestanden hatte, suchte nach der Katastrophe Fühlung mit Oesterreich zu gewinnen. Im November 1913 hat König Ferdinand einen

Besuch beim Kaiser von Oesterreich gemacht; darüber war man in Rußland sehr unwillig.

* * *

Wenn wir die Geschichte des Balkans in dem behandelten Zeitraum noch einmal zusammenfassen, ergibt sich etwa folgendes Bild:

Die Festsetzung der Türken hat das Problem geschaffen, welches wir als die orientalische Frage bezeichnen; bis gegen das Ende des 16. Jahrhunderts entwickelt sich das türkische Reich in aufsteigender Linie, so lange es seine rohe, kriegerische Kraft entfalten kann, keine stärkeren Gegner findet und in der Kultur hinter den benachbarten Staaten nicht allzuweit zurückbleibt. Etwa von der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an machen sich die inneren Schäden immer deutlicher fühlbar, namentlich die Unfähigkeit, aus den Bewohnern des Reiches eine einheitliche Nation von kulturellem Werte zu schaffen.

Der Rückgang macht sich aber erst in höherem Grade geltend von der Zeit an, da das türkische Reich zwei stärkere, es in jeder Hinsicht überflügelnde Nachbarn erhält in Oesterreich und Rußland. Diese beiden Mächte gehen einstweilen zusammen, bis ihre durch die Eroberung sich vorschiebenden Interessen sich an den wichtigsten Stellen zu treffen drohen, an den Meeren, welche zwischen dem Schwarzen und dem Mittelländischen Meere gelegen sind: Konstantinopel und Saloniki. Seit die Türkei nicht mehr gefährlich ist, tritt ein neuer Gesichtspunkt in Kraft, sie durch Reformen zu heben, um sie gegen den Andrang ihrer mächtigsten Gegner zu stärken. Frankreich und später England betreten diesen Weg. Sobald eben der Vorstoß der stärkeren Gegner das Mittelmeer und seine Umgebung erreicht, wird daraus eine Frage von europäischer Tragweite, besonders von dem Momente an, da durch die Eröffnung des

Suezkanals das Mittelmeer eine der wichtigsten Verkehrsstraßen der Erde wird.

Die orientalische Frage hat aber noch eine andere Seite; durch die fortgesetzte Zurückdrängung der türkischen Macht werden die nicht türkischen Völker befreit, welche unter ihrer Herrschaft geseufzt hatten: Griechen, Montenegriner, Serben, Bulgaren, Rumänen, Albanesen. Das erschwert auf der einen Seite die Lösung der Frage, da die bunt durcheinander gewürfelten nationalen Gruppen sich gegenseitig bekämpfen. Andererseits hat die Konsolidierung dieser nationalen Staaten, wie der Balkankrieg 1912/13 zeigt, die Liquidation der Türkei gefördert.

Aber über alledem erhebt sich immer drohender die Frage: wem sollen jene wichtigsten Gebiete gehören, welche den Uebergang von Europa nach Asien beherrschen (zu ihnen ist jetzt auch Aegypten zu rechnen)? Konstantinopel ist einer der Hausschlüssel Rußlands, den es nicht in fremden Händen wissen will. 1913 hätten die Bulgaren auch ohne die türkischen Linien von Tschataldscha die Stadt am Bosporus nicht zu eigen bekommen. Die vorderasiatischen Länder sind zukunftsreich, und so will keine Großmacht von ihnen sich ausgeschlossen sehen. Daher kommt es, daß die Mächte, welche ihrer Lage gemäß nicht hoffen können, bei einer Aufteilung der Türkei bedacht zu werden, die Erhaltung derselben zum Ziel ihrer Politik machen, so z. B. Deutschland (es ist die Politik, die es überall betreiben muß, in Marokko und China wie in der Türkei). Aber auch Oesterreich ist jetzt an der Erhaltung der Türkei interessiert, seit es durch die Mauer der selbständigen slavischen Balkanstaaten von ihr getrennt worden ist.

Für Oesterreich ist aber die Balkanfrage aus einer türkischen zu einer slavischen geworden; es läuft Gefahr, durch die Slaven eingekreist und von

seinem Meere abgeschnitten zu werden; die Gefahr ist für Oesterreich umso drohender, als es in seinem eigenen Staatswesen zahlreiche Slaven besitzt, welche in normalen Zeiten stark über die Grenze blicken. In der Situation der Nationalitäten liegt umgekehrt gerade die Stärke Rußlands, da es bis zu einem gewissen Grade immer auf die Mitwirkung der Südslaven rechnen kann. Es ist ein weiteres Verhängnis für Oesterreich, daß einem guten Einvernehmen mit Rumänien, mit dem es sonst manche Interessen gemein hat, die nationale Frage der Rumänen in Siebenbürgen und in der Bukowina entgegensteht. — Daß Oesterreich in dieser Brandung die albanesische Insel zu retten suchte, ist mindestens begreiflich. Ein Staat wie Oesterreich hat seine verwundbarste Seite in der Nationalitätenfrage; man mag sein Verhalten gegen Serbien in dieser oder jener Weise beurteilen, sicher ist, daß es durch die Macht der Tatsachen immer stärker bedroht wird; es ist schon völlig in die Defensive gedrängt gegen die Bewegung, welche wieder rückläufig geworden ist aus dem Balkan gegen das innere Europa.

Rußland ist die Macht, welche vor allem mit eiserner Konsequenz die Lösung der orientalischen Frage betrieben hat; es hat im Laufe der Jahrhunderte nicht das Ziel, sondern nur die Mittel seiner Balkanpolitik geändert. Als die Verhältnisse es mit sich brachten, hat es die Förderung und Beschützung der kleinen Balkanmächte proklamiert; der Zar ist als Befreier aufgetreten; die nationale und die kirchliche Verwandtschaft der Südslaven mit den Russen ist ihm dabei sehr zu statten gekommen (Politik des Panslawismus). Daß es aber zum mindesten auf eine Schutzherrschaft über diese Staaten abgesehen ist, zeigt der Verlauf der bulgarischen Geschichte mit voller Deutlichkeit.

Schon im Jahre 1804 hat der Minister Adam Czartoriski dem Zaren Alexander I. in einer Denkschrift folgenden Rat gegeben: „Die Masse der türkischen Länder in Europa sollte in Einzelstaaten getrennt werden, welche ihre lokalen Regierungen erhalten und unter sich einen Staatenbund bilden, auf welchen Rußland einen maßgebenden und verfassungsmäßigen Einfluß ausüben könnte, indem der Zar den Titel eines Kaisers und Protektors der Slaven und des Orients annähme."

Die Politik Rußlands gegenüber den Armeniern zeigt, daß es das Prinzip der Nationalität begünstigt, wenn es die Türkei durch Aufrollen der armenischen Frage bedrohen will, umgekehrt wieder völlig ausschaltet, wenn es keine offensiven Zwecke nach außen verfolgt. Auch die Geschichte Polens, der ehemals deutschen Ostseeprovinzen, Finnlands beweist, daß Rußland das Recht der Nationalitäten nicht als verbindlich anerkennt, wo es seinen politischen Interessen widerspricht.

Schließlich darf darauf hingewiesen werden, daß England durch die Okkupation Aegyptens in der orientalischen Frage den größten Gewinn gemacht hat. Dem Rest gegenüber, soweit er wenigstens Europa betrifft, kann es sich leicht desinteressieren.

* * *

Es wird verwunderlich erscheinen, daß bis jetzt so wenig vom Islam selbst und seiner eine ganze Religionswelt umfassenden Erscheinung die Rede gewesen ist. Der Zusammenhang zwischen Türkentum und Islam ist ja gewiß ein sehr enger. Einmal sind die Türken seit dem 14. Jahrhundert Anhänger des Islam und haben die kriegerische Seite seines Wesens mindestens so stark verkörpert wie die Araber in ihren großen Zeiten; sie hatten sicher ihre Erfolge

nicht zum wenigsten dem mohammedanischen Fanatismus zu verdanken. Seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts ist der Sultan in Konstantinopel der Kalif, das heißt das Oberhaupt aller Gläubigen, und zu seiner Seite und zu seiner Verfügung steht der Scheich ül Islam, das geistliche Oberhaupt. Die Türken haben ferner seit dem 16. Jahrhundert die wichtigsten Ausbreitungsgebiete des Islam unter ihre Herrschaft gebracht wie Aegypten, Nordwestafrika, Syrien, Mesopotamien, Teile von Persien, Arabien. Die Tatsache, daß jahrhundertelang die Moslim im türkischen Sultan ihr Oberhaupt gesehen haben, hat gewiß eine starke Tradition geschaffen. In den letzten Tagen, wo der Sultan die grüne Fahne des Propheten entfaltet, das heißt an die Solidarität aller Mohammedaner appelliert hat, ist das Problem der religiösen Einheit wieder akut geworden.

Es stehen aber einer solchen zentralen Bedeutung des Türkentums und damit dem Kalifate des Sultans vielerlei Einschränkungen entgegen. Die wichtigste ist wohl die, daß die Türken nie das geistige Zentrum des Islam gewesen sind, weder in religiöser noch in kultureller Beziehung. Die innere Größe des Islam fällt in die vortürkische Zeit, und auch später sind nichttürkische Gebiete (wenn sie auch zum Teil unter der Herrschaft des Sultans standen) die Träger eines tieferen Lebens gewesen, wie Aegypten, Persien, die mohammedanischen Staaten Indiens. So besteht wohl nirgends die Ueberzeugung, daß der Kern des Islam mit dem Türkentum untrennbar verknüpft sei; höchstens könnte der Wegfall eines äußern, zentralen Oberhauptes als schädigend empfunden werden, wenn kein Ersatz gefunden werden kann. Die religiöse Stoßkraft des Islam ist freilich noch nicht völlig erloschen, wie die Bewegung des Mahdismus im Sudan gezeigt hat.

Das Problem hat sich aber vor allem auch dadurch verschoben, daß ein großer Teil der Mohammedaner und gerade in den kulturell bedeutenderen Gebieten unter die Herrschaft europäischer Völker gekommen ist. Die Engländer, Franzosen und Russen gebieten über zahlreiche Moslim; sie sind eigentliche Islammächte geworden. Sie haben auch mit aller Vorsicht die religiöse Seite behandelt, und sie haben wohl recht mit der Behauptung, daß der Islam unter ihnen völlige Sicherheit und Anerkennung genieße. Auf die materiellen und staatlichen Vorteile, welche die Fremdherrschaft für die Mohammedaner dieser Gebiete mit sich gebracht hat, braucht nur beiläufig hingewiesen zu werden. Höchstens könnte der Islam wieder eine schärfere Bedeutung erlangen, wenn seine Träger von einer nationalen Bewegung erfaßt würden, was in Aegypten und Arabien nicht unmöglich ist. Die Geschichte des türkischen Parlaments hat ja gezeigt, daß innerhalb des türkischen Islam eine sehr beachtenswerte nationale Spaltung sich geltend macht.

Der Islam selbst wird über die politischen Krisen hinaus bestehen bleiben; denn er ist eine Religionsform, die aus dem innern Wesen des Orientalen herausgebildet ist. Er erschöpft sich auch durchaus nicht im kriegerisch gewendeten Fanatismus, sondern hat bleibende friedliche Kulturwerte hervorgebracht. Er trägt sogar vielfach die Züge einer friedlichen, leicht resignierten, gottesfürchtigen Weltanschauung, einer milde gestimmten, nachdenklichen Weisheit, wie sie Goethe in seiner unvergleichlichen Nachdichtung Hafis, im „West-östlichen Diwan", zu ergreifendem Ausdrucke gebracht hat:

Gottes ist der Orient,
Gottes ist der Okzident,
Nord- und südliches Gelände
Ruh'n im Frieden seiner Hände.

II.

Die Ueberlegenheit der europäischen Völker hat sich seit ungefähr dem 15. Jahrhundert vor allem auch darin gezeigt, daß sie durch kaufmännische Unternehmung und durch Besitzergreifung sich die wichtigsten Gebiete der andern Erdteile unterworfen haben; in der Kolonisation. Je nachdem Kulturvorsprung, Reife der politischen Entwicklung oder bedeutsame Lage die europäischen Staaten dazu befähigten, haben sie sich an diesem Werke beteiligt. An der Spitze standen ursprünglich Spanien und Portugal, welche später von Frankreich, Holland und England überflügelt wurden. Besonders hat England im 18. und 19. Jahrhundert durch seinen politischen und kulturellen Vorsprung, sowie durch die Gunst seiner Lage einen unbeschreiblichen Vorsprung auch in der Kolonisation gewonnen; es hat auch die Kämpfe gegen seine europäischen Gegner, Holland und Frankreich, dazu benutzt, um sie aus ihren Kolonialgebieten zu verdrängen, dabei aufs beste unterstützt von seinen jeweiligen kontinentalen Bundesgenossen, in besonders großem Maßstabe während der Kämpfe Friedrichs des Großen und Napoleons I. Nordamerika, von dem es Kanada festzuhalten vermochte (den Vereinigten Staaten hat es wenigstens den englischen Grundzug aufgeprägt, was auch sehr viel bedeutet), Ostindien mit Ceylon, die Kapkolonie (später zu Südafrika erweitert), im Verlaufe des 19. Jahrhunderts Australien, sind ihm zugefallen, dazu zahlreiche kleine Kolonien und gegen 50 Kohlenstationen, Kabelinselchen und strategische Punkte, über den ganzen Erdball hin verteilt. Es ist nicht nötig, zu sagen, was England aus seinen Kolonien gezogen hat; aber jedermann weiß auch, was es aus ihnen gemacht hat. Als Kolonialmacht ist England unvergleichlich; neben ihm darf höchstens

Rußland genannt werden, welches unter freilich ganz andern Bedingungen ebenfalls die großartigsten Erfolge erzielt hat. Es hat sich auf dem Landwege, langsam, aber außerordentlich solide arbeitend, über das nördliche und mittlere Asien ausgebreitet. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hat es im Amurgebiet den Stillen Ozean an einer Stelle erreicht, die wenigstens den größern Teil des Jahres die Schiffahrt gewährt. Am Anfang des 19. Jahrhunderts hat es Transkaukasien, in den Jahrzehnten von zirka 1840 bis 1880 den Kaukasus und die Gebiete um Kaspisches Meer und Aralsee besetzt; es rückte damit bis an die Länder heran, in denen sein Einfluß mit dem englischen sich kreuzt, Persien, Afghanistan, Pamir, Tibet. Zweimal, 1895 durch den Pamirvertrag und 1907 durch das russisch-englische Abkommen, wurden die Einflußsphären ausgeschieden. Der russische Erfolg gründet sich auf die verhältnismäßig geringe Kulturdifferenz zwischen Herren und Regierten, vielleicht auf eine gewisse Rassenverwandtschaft, schließlich auf die stramme organisatorische Tätigkeit der Russen, hinter der immer die ungeheure Masse des ganzen Reiches steht; die Ausbreitung der russischen Macht hat etwas von dem Vorrücken eines großen Gletschers an sich. Bewundernswert sind besonders auch die russischen Bahnbauten, die transkaspische Bahn (1888 vollendet), die transsibirische (1904), die Amurbahn (1908). Rußland hat aus seinen Kolonialgebieten keine Untertanenländer minderen Rechts gemacht, sondern sie dem Reiche als gleichberechtigte Bestandteile angeschlossen. Welche großen militärischen Kräfte es daraus zieht, beweist der gegenwärtige Krieg mit voller Deutlichkeit.

Diese beiden größten Kolonialmächte haben von Südwesten und Nordwesten her die Peripherien des Erdteiles Asien ergriffen; zwischen sie hat sich in Hinterindien und Südchina Frankreich eingeschoben,

das dort Cochinchina, Kambodscha, Annam, Tongking erwarb (von 1862—1885). So gehört Asien zum guten Teil den Mächten der Tripelentente. Abseits in der Inselwelt des südlichen Ostasiens liegen das niederländische Kolonialreich und die spärlichen Splitter aus portugiesischem Besitz, dazu die bis vor kurzem noch spanischen Philippinen.

Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts machte sich aber eine unerwartete Teilnahme von zwei Seiten her bemerkbar: während China sich bis dahin fast ausschließlich passiv verhalten hatte und als eine Art träge Masse zwischen den Besitzungen der drei europäischen Mächte liegt, erwachte vom Jahre 1868 an das insulare Japan zu unerwarteter politischer Tätigkeit. Nachdem es sozusagen von heute auf morgen sein Staatsleben und seine wirtschaftlichen Verhältnisse moderniesiert hatte, griff es in die große chinesische Frage ein; im Kriege von 1894/95 erfocht es einen solchen Sieg über China, daß ihm die europäischen Großmächte (außer England) in die Zügel fielen. Der wertvollste Teil seiner Siegesbeute wurde ihm weggenommen. Und nun kamen die europäischen Mächte um die Wette, um sich die günstigsten Plätze für die Erschließung und Durchdringung Chinas zu sichern: das Deutsche Reich pachtete Kiautschou, Rußland Port Arthur und Talienwan, England Weihaiwei, die Franzosen weiter im Süden Kuangtschu (1897/98).

In diesem Jahre 1898 trat auch noch der andere unerwartete Konkurrent auf den Plan, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, indem sie die spanischen Philippinen eroberten, nachdem sie ein Jahr früher die Hawaiinseln gekauft hatten. — So entstand hier die Frage des äußersten Ostens, welche das ostasiatische Gebiet in den Mittelpunkt der politischen Aktion rückte. Hier trat zum ersten Mal

die Weltpolitik in greifbare Erscheinung. Sie führte 1900 bis 1901 zu der gemeinsamen Unternehmung aller Großmächte (außer Italien) in der Niederwerfung des sogenannten Boxeraufstandes und der Expedition nach Peking.

Eigenartig ist nun die Schwenkung, welche um diese Zeit England in seiner Kolonialpolitik vornahm: es wendete seine ganze Kraft in den nächsten Jahren auf die Unterwerfung Südafrikas (Burenkrieg 1899 bis 1902). Dabei herrschte wohl die Ueberzeugung vor, daß in Asien für England selbst zunächst nichts weiter zu tun sei, und daß der Hauptstoß Rußlands, der vorerst nach dem chinesischen Meere gerichtet war, durch einen andern werde aufgehalten werden, dem natürlichen Zuge der Situation gemäß. Mit diesem andern, Japan, hat sich freilich England 1902 direkt verbündet, doch nur so, daß es bloß eingreifen mußte, wenn Japan mit Rußland und Frankreich in Krieg geriet. Das japanische Bündnis hat seitdem mehrfache Wandlungen durchgemacht: 1905 ist es erweitert, 1911 eingeschränkt worden. Heute hat es wieder aktuelle Bedeutung erlangt.

Durch den Russisch-Japanischen Krieg (1904 bis 1905) ist Rußland tatsächlich vom chinesischen Meere zurückgeworfen worden und hat das Südende der transsibirischen Bahn eingebüßt. Japan hat Korea unter seinen bestimmenden Einfluß gebracht und 1910 zur Kronkolonie gemacht. — Es gehört zweifellos zu den indirekten Nachwirkungen dieses mandschurischen Krieges, daß Rußland sich in neuester Zeit wieder mit verstärkter Energie der Balkanfrage zuwendete. Dagegen haben sich seine Beziehungen zu Japan seither wieder gebessert, vor allem weil Rußland und Japan das gleiche Interesse gegen China haben, das Land aufzuteilen und dem Verkehr der andern Nationen möglichst zu verschließen. 1910

ist zwischen ihnen ein Vertrag geschlossen worden, der beinahe Bündnischarakter besitzt. Bemerkenswert ist, daß Rußland, Frankreich und Japan sich gegenseitig ihren asiatischen Besitz verbürgt haben. Nur andeutungsweise soll hier noch erwähnt werden, daß Japan in den Vereinigten Staaten und in den verbündeten Staaten von Australien für künftige Zeiten wohl entschiedene Gegner zu erwarten hat.

Im Jahre 1906 hat in China eine Periode der Reformversuche eingesetzt, welche 1912 nach einer Reihe von innern Kämpfen das Kaiserreich in eine Republik mit einer Verfassung umgewandelt haben. Diese Vorgänge führten zur Losreißung der äußern Mongolei; nachdem Rußland in diesem Staate bereits festen Fuß gefaßt hatte, mußte es sich 1913 in einem Vertrage mit China zu einer Teilung des Einflusses verstehen. In den Bemühungen um die Mongolei leistet Japan den Russen vertragsmäßige Unterstützung.

In Afrika hat die Kolonisation erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der fortschreitenden Erforschung des Erdteiles stärker eingesetzt; eine Ausnahme bilden die nordafrikanischen Randgebiete, welche schon der geschichtlichen Welt des Altertums angehörten, und die Küstenstreifen, welche durch die Umschiffung Afrikas seit dem 15. Jahrhundert erschlossen worden sind. Neben der älteren Kolonisation, die hauptsächlich durch die Portugiesen vertreten ist, haben sich Frankreich, England, später auch Deutschland und Italien an dem Wettbewerb um Afrika beteiligt.

Den Vortritt hat in der neuern Zeit Frankreich genommen; in systematischer Weise hat es seit dem Jahre 1830 die seiner Südküste gegenüberliegenden Teile Nordwestafrikas besetzt und im Laufe der Zeit auch Gebiete in Beschlag genommen, die von Natur aus eher in den Bereich Spaniens und

Italiens fallen würden. So haben die Heere Karls X., Louis Philipps und Napoleons III. Algier in zähen, schwierigen Kämpfen gegen Araber und Berber erobert. Auch mit der Besetzung und Organisation des Senegal hat das zweite Kaiserreich noch begonnen.

Eine besonders intensive Tätigkeit hat nach 1871 die Republik auf dem Boden der Kolonisation entfaltet, nicht zum wenigsten zu dem Zwecke, um bewußt und systematisch das Mutterland finanziell und militärisch zu kräftigen. So wurde 1881 Tunis besetzt zum großen Leidwesen der Italiener, und in Biserta verfügt Frankreich über den Kriegshafen, welcher die beiden Becken des Mittelmeeres beherrscht. Zu der gleichen Zeit hat ein in Frankreich naturalisierter Italiener, Savorgnan de Brazza, der Republik ein ganzes Reich am Kongo geschenkt. Von hier aus ging die französische Expansion, dem Laufe des Kongo und des Ubanghi folgend, in der Richtung auf den Tschadsee. 1892 wurde der einheitliche Plan eines nordwestafrikanischen Reiches aufgestellt; es wurden Expeditionen ausgeführt in das Gebiet des obern Niger und in das Hinterland der Gold-Elfenbein-Sklavenküste, 1894 Timbuktu am Niger genommen, das Reich des Königs von Dahomey einverleibt und durch eine Expedition vom Kongo zum Schari die französische Stellung am Tschadsee befestigt. Hier wurde der Zusammenschluß der französischen Gebiete von Algier, Senegal und Kongo erreicht (der französische Sudan).

Dagegen scheiterte der Vorstoß an den Nil, bei Faschoda (1898), an dem unerbittlichen Widerstand Englands.

Eine neue Periode begann 1905 mit den Bemühungen um Marokko; hier stieß freilich Frankreich auf den Widerspruch Deutschlands, und nur unter mühseligen Verhandlungen, die mehr als einmal

den Frieden Europas gefährdeten, gelangte Frankreich schrittweise zu dem vorläufigen Ziele, dem Protektorate über Marokko, das 1912 aufgerichtet wurde. In dieser Phase hat sich Frankreich durch die Anlehnung an England (Marokko-Abkommen von 1904) gedeckt.

Erst nach 1870 hat England in Afrika eine erneute intensive Tätigkeit zu entfalten begonnen. Die Erweiterung der Kapkolonie ist freilich zunächst nur in kleinem Umfange gelungen; größere Pläne scheiterten an dem erfolgreichen Widerstande der Transvaalburen.

Von allergrößter Bedeutung war dagegen die 1882 erfolgende Festsetzung Englands in Aegypten; es hatte sich 1875 in den Besitz eines großen Teiles der Aktien des Suezkanals gebracht und fing nun an, mit Frankreich zusammen, in die ägyptischen Angelegenheiten sich einzumischen; als 1882 eine nationale (arabische) Bewegung gegen die Fremden ausbrach, intervenierte England, während sich Frankreich merkwürdigerweise zurückzog. Von da an blieb Aegypten tatsächlich in der Gewalt Englands; 1904 im Marokkoabkommen hat Frankreich seinen Einspruch gegen diesen Zustand endgültig aufgegeben. Jetzt erst beherrschte England den ganzen Seeweg nach Indien mit den Positionen Gibraltar, Malta, Cypern, Aegypten, Suezkanal, Aden.

Dagegen gelang es einstweilen nicht, die Gebiete am obern Nil, den ägyptischen Sudan, festzuhalten; hier durchkreuzte die Erhebung des Mahdi einstweilen die englischen Pläne. 1885 fiel Chartum in die Hände der Derwische. Ein Jahrzehnt später kam England auf seine Absichten zurück, und Kitchener eroberte in dem glücklichen Feldzuge von 1896—1898 den Sudan mit Chartum.

Unterdessen war auch im Südosten Afrikas die Ausbreitung der englischen Herrschaft mit neuem

Erfolge betrieben worden; England wurde aufgestachelt durch die Anfänge der deutschen Kolonisation, welche 1884 eine Reihe von Positionen in Afrika eingenommen hatte: Togoland, Kamerun, Gebiete in Südwestafrika und in Ostafrika. Zudem war 1885 durch die Kongokonferenz in Berlin die Existenz des Kongostaates, der dem König Leopold von Belgien gehörte, gesichert worden. So erneuerte auch England seine Anstrengungen; 1885 wurde das Land der Betschuanen besetzt. Von 1889 an eroberte die in diesem Jahre von Cecil Rhodes gegründete Südafrikanische Kompagnie (Chartered Company of South Afrika) das Land der Maschona und Matabele. 1893 nahm der bald nachher so berüchtigt gewordene Dr. Jameson Buluwayo; das Gebiet der Kompanie, das den Namen Rhodesia führt, dehnte sich jetzt bis an die Westseite des Nyassa- und die Südspitze des Tanganjikasees aus. 1890 waren durch einen Vertrag mit Deutschland bedeutende Stücke von Deutsch-Ostafrika englisch geworden. Damit rückte ein gewaltiger Gedanke in den Bereich der Möglichkeit, dessen Realisierung die Herrschaft Englands über das östliche Afrika gewaltig verstärken würde, ein durch seine Großartigkeit fesselnder Plan: der Bau einer durchgehenden Bahn von Kairo nach Kapstadt. Es fehlte noch das Teilstück am Westufer des Tanganjikasees zwischen dem südlichen britischen Sudan und der Nordgrenze von Rhodesia; die Kongokolonie war auch bereit, einen Gebietsstreifen an dem genannten See abzutreten; aber Frankreich und Deutschland traten hindernd dazwischen.

Ende 1895 begannen nun die Vorbereitungen für die Unterwerfung der Burenrepubliken in Südafrika mit dem berühmten Jameson-Einfall in Transvaal. England ließ damals die erfolglosen Urheber fallen, benutzte aber in den nächsten Jahren die

Ausländerfrage, um in der Südafrikanischen Republik Einfluß zu gewinnen; die Differenzen trieben zum Kriege, an dem auch der mit Transvaal verbündete Oranje-Freistaat teilnahm. Nach fast dreijährigem Ringen (1899—1902) mußten die damaligen Burenrepubliken die englische Herrschaft anerkennen. In sehr kluger Weise verstand es darauf England, die holländischen Elemente an sich zu ziehen; 1906 und 1907 erhielten Transvaal und die Oranjekolonie Verfassungen. 1910 wurde aus den ehemals selbständigen Kolonien Kapland, Natal, Transvaal, Oranje der südafrikanische Einheitsstaat geschaffen, in welchem das englische und das holländische Element gleichberechtigt sind. Der eine Teil der Buren hat sich völlig mit England ausgesöhnt, so der südafrikanische Ministerpräsident Louis Botha, während andere, wie Hertzog und Dewet, schon vor dem Ausbruch des Weltkrieges sich von Botha trennten und eine eigene, rein holländische Partei gründeten.

Höchst beachtenswert ist, wie England den Ausbau seines Reiches fördert, indem es den großen Kolonien weitgehende Selbständigkeit gewährt (die übrigens von diesen mit voller Energie in Anspruch genommen wird). So umfaßt das Reich die „Dominien" von Australien, Neuseeland, Südafrika und Kanada, deren Ministerpräsidenten öfters zu sogenannten Reichskonferenzen nach London eingeladen werden. Das Hauptproblem bildet der Ausbau einer Reichsverfassung, der Greater Britain, der Anteil der Dominien an der äußern Politik des Reiches, an der Reichswehrmacht und den finanziellen Lasten, die Zollpolitik; die Anschauungen gehen weit auseinander über die Art, wie dieses Reich auszubauen sei. Zweifellos ist aber, was England auf diesem Gebiete geleistet hat, die zusammenhaltende Kraft, die es bei aller Freiheit der Institutionen entwickelt,

eine der großartigsten Erscheinungen der Weltgeschichte, undenkbar ohne den eigenartigen politischen und persönlichen Typus des Engländers.

Ueber die deutsche Kolonisation in Afrika ist bereits gesprochen worden; sie ist aus der persönlichen Initiative von Großkaufleuten, besonders aus Bremen und Hamburg, hervorgegangen, welchen das Reich, auf die Empfehlung Bismarcks, finanziell helfend zur Seite trat. Als die Kraft der Einzelunternehmer nicht mehr ausreichte, hat das Reich die Gebiete als Kronkolonien übernommen. Auch in der Südsee hat Deutschland ein Schutzgebiet gegründet mit dem nordöstlichen Neu-Guinea als Kern, woran sich eine Reihe von kleinen Inselgruppen anschließt: der Bismarckarchipel, die Marschall-, Marianen-, Karolinen-, Palau Inseln, sowie Teile der Salomon- und der Samoa-Inselgruppen (in Melanesien und Mikronesien). In Afrika hat Deutschland bei den Verhandlungen über Marokko sein Kamerungebiet wesentlich vergrößert auf Kosten des französischen Kongo, und erreicht nun diesen Fluß, sowie den Ubanghi, mit zwei Gebietszipfeln. Ebenso hat es schon 1890 vertraglich von England eine schmale Erstreckung Südwestafrikas bis an den Sambesifluß erlangt (der sogenannte Caprivizipfel).

Italien hat in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts sich an der afrikanischen Küste des Roten Meeres und an der Küste des Indischen Ozeans, südlich vom Golf von Aden, festgesetzt; es sind die Kolonien Erythräa und italienisch Somaliland. Den Versuch, auf Kosten Abessiniens weiter ins Innere vorzudringen und über das Reich des Negus eine Art Vorherrschaft auszuüben, mußte es mit der furchtbaren Niederlage von Abba Garima (1896) büßen. Es hielt sich darauf längere Zeit von der Kolonisation fern, bis es 1911/12 mit besserem

Erfolge der Türkei Tripolis und die Kyrenaika entriß und daraus die Kolonie Libyen schuf.

* * *

Es ist bekannt, daß die Kolonien der Mächte hauptsächlich der wirtschaftlichen Expansion dienen; sie verstärken durch Import und Export die wirtschaftliche Lage des Mutterlandes und dienen vielfach als Stützpunkte für den Schiffsverkehr und als militärische Positionen. Die einzelnen Mächte öffnen sie in ungleichem Maße dem Verkehr und der wirtschaftlichen Ausbeutung von seiten anderer Nationen. England ist bis jetzt darin am weitherzigsten gewesen. Das Bestreben der Mächte geht darauf, die Gebiete, welche noch nicht in festen Händen sind und welche sie nicht selbst unterwerfen können, der freien Konkurrenz zu erschließen; das ist die Politik der sogenannten offenen Türe.

Es würde aber ein Irrtum sein zu glauben, daß die Kolonien einer bestimmten Macht, auch wenn sie dem allgemeinen Verkehr weitherzig geöffnet sind, den andern Mächten ebenso förderlich wären wie dem Mutterlande. Das sind sie schon deswegen nicht, weil sie eine militärische Kraftquelle darstellen für die besitzende Macht. Das ist eine neue Erscheinung; früher haben die Kolonien militärische Kräfte absorbiert; jetzt, zum ersten Mal im Jahre 1870, geben sie Kräfte ab; in welchem Ausmaße das geschieht, zeigt der gegenwärtige Krieg mit voller Deutlichkeit. Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß ohne die asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Truppen, welche Rußland, Frankreich, England ins Feld gebracht haben, der Krieg bereits eine entschiedene Wendung genommen haben würde.

Im Kriege kann eine Macht aber auch ihr Kolonialgebiet dem Feinde wirtschaftlich verschließen;

mit dieser Möglichkeit rechnet das Streben der Staaten nach der „Selbstgenügsamkeit" (Autarkie) ihres Gesamtbesitzes; d. h. sie streben nach dem Ziele, daß ihr unmittelbarer Besitz ihnen alles liefert, was zur dauernden Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens(Ernährung, Industrie) notwendig ist. Staaten, welche dieses Ziel erreicht haben, sind völlig unabhängig von anderen Mächten und deren kolonialem Besitz. Der Abschluß des Kolonialgebietes kann aber auch schon im Frieden bis zu einem gewissen Grade erreicht werden durch eine geeignete Zoll- und Verkehrspolitik; es ist bekannt, daß in England eine starke Partei besteht, welche den Ausbau des Reiches im Sinne eines engern Zusammenschlusses nach innen und eines stärkeren Abschlusses nach außen verfolgt.

Ueber all das hinaus dient aber die Beherrschung von Kolonialgebieten einer zahlenmäßigen und räumlichen Ausbreitung des eigenen Volkstums. Was das bedeutet, zeigen die englischen Dominien: Kanada, Australien, Südafrika. Hier herrscht einstweilen wenigstens noch englisches Denken und Bewerten vor; ja man kann vielleicht noch weiter gehen und sagen: soweit man englisch spricht, wird die politische Weltlage vorwiegend in englischem Sinne beurteilt.

Die Möglichkeit der Kolonisation hat im allgemeinen dem Frieden gedient, indem die Mächte die überschüssigen Kräfte außerhalb der politisch fixierten Gebiete betätigen konnten. Gleichzeitig sind aber die Möglichkeiten zur Rivalität zahlreicher, die Reibungsflächen größer geworden; die Konkurrenz nimmt immer weitere Dimensionen an. Wenn auch Großmächte kaum wegen reiner Kolonialfragen in Krieg miteinander geraten werden, tragen doch die zahllosen Rivalitäten und Reibungen zweifellos dazu bei, die Spannungen zu vergrößern und damit die Möglichkeit

eines kriegerischen Ausbruches wahrscheinlicher zu machen. Noch auf einem andern Wege haben die Kolonien zur Gefährdung des Friedens beigetragen; um sie zu beschützen und die Handelswege zu sichern, haben die Mächte Flotten gebaut oder die vorhandenen vergrößert; die Flotten sind, wie die Landheere, zum direkten, meßbaren Ausdruck der verfügbaren Macht geworden; Verschiebungen im Kräfteverhältnis werden auch bei ihnen als Bedrohung des zurückbleibenden Teiles aufgefaßt und können auf einen eventuellen Kriegsentschluß einwirken. Der gegenwärtige Krieg zeigt auch, daß mit der Flotte ein stärkerer, in gewissem Sinne sogar absoluter Druck auf das wirtschaftliche Leben ausgeübt werden kann. Wenn z. B. das Stärkeverhältnis zwischen der englischen und der deutschen Flotte gleich 16 : 10 ist, so heißt das nicht, daß die Beherrschung des wirtschaftlichen Verkehrs in der gleichen Proportion sich bewegt, sondern daß die Macht mit der stärkeren Flotte ihn prinzipiell völlig beherrschen kann. Es zeigen sich hierin tiefgehende Wirkungen eines Flottenmilitarismus.

Endlich ist zu sagen, daß bei den Friedensverhandlungen die Kolonien wohl ein wichtiges Objekt bilden werden, da sie leichter die Hand ändern können als die Bestandteile der Mutterstaaten selbst.

Zum Schluß sei nur noch angedeutet, wie ungeheuer wichtig die allgemeine Konkurrenz auf wirtschaftlichem Boden ist für das Verhältnis der Mächte untereinander; auch hier handelt es sich, wie beim Gebietserwerb, um eine Expansion, um die Expansion der wirtschaftlichen Kräfte; von besonderer Wichtigkeit sind die großen Unternehmungen, hinter denen vielfach, in dieser oder jener Form, der Staat selbst steht. Hieher gehören: Bankunternehmungen, Bahnbauten, Schiffsverkehr, Staatsdarlehen (die letzteren namentlich systematisch durch Frankreich als ein wirksames

politisches Expansionsmittel ausgebaut). China und die Türkei sind Beispiele dafür, wie die Staaten sich gegenseitig bekämpfen, um ihre wirtschaftliche Stellung in den Ländern zu sichern, die auf die Teilnahme fremder Wirtschaftskräfte angewiesen sind.

Aus dem Gesagten ergibt sich, wie ungeheuer umfassend, in geographischem Sinne, und wie furchtbar intensiv, in der Ausschöpfung jeder Form von Volkskraft, ein großer moderner Krieg sein muß.

III.

Es ist sehr schwierig, über die Politik der europäischen Mächte in der letztvergangenen Zeit ein Urteil zu gewinnen, namentlich auch über die tieferen Zusammenhänge.

Viele wichtige, entscheidende Dokumente sind nicht oder nur sehr unvollständig bekannt; um nur einige herauszugreifen: der Allianzvertrag zwischen Rußland und Frankreich, der Vertrag Italiens mit Deutschland und Oesterreich. Zu den nicht bekannten schriftlich fixierten Verträgen treten wahrscheinlich noch mündliche Abmachungen, die vielleicht von größter Bedeutung sind. Auch wo wir die äußern politischen Handlungen sehen, kennen wir oft den innern Sinn, die Absichten nicht. Es wird eine Art Pantomime vor uns aufgeführt, wobei die Absicht des Akteurs nicht ist, uns durch seine Bewegungen den Sinn der Handlung zu deuten, sondern umgekehrt, ihn zu verdecken. Ueber manches wird die Nachwelt einmal sicherer urteilen können; aber man muß doch bedenken, daß auch über ferner liegende Dinge, wie die Ursachen des Krieges von 1870/71 oder gar über den Siebenjährigen Krieg, durch die geschichtliche Forschung keine Einheitlichkeit des Urteils erzielt worden ist, daß immer noch die national bestimmten Anschauungen einander gegenüber stehen.

Eine tatsächlich eingetretene Entwicklung verwehrt uns meistens auch zu beurteilen, was für ein anderer Verlauf ohne sie sich abgespielt hätte. Wir können z. B. nicht wissen, ob die verbündeten Mächte im Jahre 1757 losgeschlagen hätten, wenn Friedrich der Große nicht schon 1756 angegriffen hätte. Werden wir einmal erfahren, ob die Tripelentente den Krieg 1916 oder 1915 oder noch früher eröffnet hätte, wenn ihn nicht Deutschland und Oesterreich im August 1914 eröffnet hätten? Daß manches, sogar Grundlegendes, in den folgenden Ausführungen auf persönlicher Bewertung und Stellungnahme beruht, wird nicht verborgen bleiben. Das ist auch bei letzten Grundfragen fast nicht anders möglich. Es ist Sache des Gefühls und vielleicht überlegter Bewertung, ob man bei den Expansionsfragen sich auf slavische oder germanische Seite stellen will; solche Entscheidungen sind persönlich-subjektiver Natur beim Einzelnen. Nur die Geschichte in ihrem Gesamtverlauf und die durch den Ueberblick allmählich sich läuternden Urteile können schließlich über diese subjektive Bewertung hinausführen.[1])

* * *

Der Krieg von 1870/71 bildet einen Haupteinschnitt in der Entwicklung der europäischen Geschichte. Er hat zum guten Teil die Grundlage geschaffen für das spätere gegenseitige Verhältnis der europäischen Mächte. Qualitativ fällt das Urteil über jene Ereignisse sehr verschieden aus: nach deutscher Auffassung hat die Schaffung des Deutschen Reiches ein Element der Ruhe und Konsolidierung eingeführt,

[1]) Im Dezemberheft der „Neuen Deutschen Rundschau" steht ein Aufsatz von Friedrich Meinecke über den Weltkrieg 1914, dessen Ausführungen sich vielfach mit den meinigen decken. Meine Vorträge sind in der vorliegenden Form entstanden, bevor der Artikel Meineckes erschienen ist.

indem sie ein altes, beunruhigendes Problem löste: die deutsche Frage. Nach der Ueberzeugung der Franzosen ist der Frankfurter Friede der Keim aller späteren Unruhen und Krisen geworden, indem durch die Annexion von Elsaß-Lothringen einerseits das Prinzip der Gerechtigkeit verletzt, andrerseits durch den Zusammenschluß und die Abrundung des Deutschen Reiches das Gleichgewicht und demzufolge die Sicherheit Europas bedroht wurde. An der französischen Auffassung ist wohl so viel richtig, daß Bismarck die Sicherheit des Deutschen Reiches nur gewährleistet sah durch eine bleibende und entschiedene Ueberlegenheit desselben gegenüber Frankreich; darüber hinausgehende Pläne dagegen sind ihm mit Unrecht zugeschrieben worden.

Die neue Konstellation der Mächte hat sich sehr langsam und tastend vollzogen: Bismarck suchte zunächst den Anschluß an die beiden osteuropäischen Kaiserreiche, Oesterreich und Rußland, da er vorerst gegen das von ihm für bedrohlich gehaltene republikanische Ferment im Westen die Solidarität der monarchisch-konservativen Mächte aufstellen wollte. Dieser Politik entsprach das sogen. Dreikaiserverhältnis von 1872/76, das im Jahre 1884 noch einmal auflebte. Deutschland hat seine engeren Beziehungen zu Rußland weiter geführt, und erst im Jahre 1890, nach dem Sturze Bismarcks und infolge desselben, hat es sie aufgegeben. Im Laufe der Entwicklung sind an die Stelle des Dreikaiserverhältnisses festere Gestaltungen getreten. Der Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich, der im russisch-türkischen Konflikt von 1875—78 hervortrat, nötigte Bismarck zu einer Wahl zwischen den beiden Mächten, und er entschied sich nach langer Ueberlegung und nicht ohne Bedenken für Oesterreich. Der Gedanke war allerdings schon alt, während des Krieges von 1866

konzipiert; aber Bismarck hat früher nicht an eine ausschließende Wahl, entweder Oesterreich oder Rußland, gedacht. Er entschied sich nicht zum wenigsten gegen Rußland, weil er nicht die deutsche Politik von derjenigen des starken Rußland bei einer Verbindung beeinflußt sehen wollte. Frankreich hat bekanntlich vor diesem Bedenken nicht Halt gemacht und gerade dadurch gezeigt, daß es mit einem zweiten Range vorlieb nahm, um sein Ziel zu erreichen. — Man weiß übrigens, daß Bismarck Kaiser Wilhelm I. nur mit der größten Mühe von Rußland ablösen und zur Verbindung mit Oesterreich bewegen konnte.

1879 wurde also das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschlossen, das nur gegen Rußland eine gegenseitige Verteidigung festsetzte (nicht gegen Frankreich). Daß Bismarck gegen Rußland keine offensiven Absichten hegte, liegt nach seiner ganzen Politik auf der Hand und geht auch daraus hervor, daß er 1884 das Dreikaiserverhältnis erneuerte und 1887 den sogen. Rückversicherungsvertrag mit Rußland abschloß, in welchem sich die beiden Mächte Neutralität versprachen, wenn sie angegriffen werden sollten. Im Jahre 1883 trat Italien hinzu, indem es mit Deutschland und Oesterreich je einen Bündnisvertrag abschloß. Die Ursache war die Besetzung von Tunis durch Frankreich gewesen. Italien spürte die Folgen seiner Isolierung, und es herrschte damals eine bittere Stimmung gegen Frankreich. Erst bei der Erneuerung von 1887 wurde ein Vertrag zwischen den drei Mächten geschlossen, dadurch aber der deutsch-österreichische von 1879 nicht aufgehoben. Dieser letztere ist veröffentlicht worden, nicht dagegen derjenige mit Italien. Der italienische enthält unter anderem Bestimmungen über den Balkan und ist natürlich lediglich defensiv;

die Erneuerungstermine werden nicht bekannt gegeben, damit nicht auf diese hin eine Agitation anderer Mächte zur Sprengung einsetzen kann. Wir werden später sehen, inwiefern im Wesen des Dreibundes starke innere Verschiebungen eintraten, einmal durch die immer stärkere Anteilnahme Italiens und Deutschlands an der Balkanfrage und ferner durch die neue Freundschaft zwischen Italien und Frankreich.

Die erste Annäherung zwischen Frankreich und Rußland fällt in das Jahr 1875, eines der europäischen Krisenjahre. Damals hat Rußland in Berlin erklärt, daß es eine Schwächung Frankreichs nur bis zu einem gewissen Grade zulassen könne. Dazu traten bestimmend die Erfahrungen Rußlands in der orientalischen Frage, besonders die Ueberzeugung und von 1879 an die Gewißheit, daß bei einem Kriege gegen Oesterreich Deutschland an dessen Seite stehen werde. Im Jahre 1887, das wieder kritisch war wegen der Vorgänge in Bulgarien — der Sturz des Fürsten Alexander von Battenberg und die von Rußland nicht anerkannte Wahl Ferdinands von Koburg — machte die Annäherung Rußlands an Frankreich einen weitern Schritt. Hier spielte damals General Boulanger seine zweifelhafte Rolle. Bismarck hat aber durch den erwähnten Rückversicherungsvertrag mit Rußland der Gefahr noch die Spitze abgebrochen.

1890 fand im Deutschen Reiche mit dem Sturze Bismarcks eine Aenderung des Kurses statt. Wilhelm II. näherte sich England, mit dem er den Sansibar-Helgoland-Vertrag schloß. Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der ablief, wurde nicht mehr erneuert. Im Jahre 1891 erschien nun eine französische Flotte in Kronstadt, 1893 ein russisches Geschwader in Toulon; 1896 machte Zar Nikolaus II.

einen Besuch in Paris. Es scheint, daß zuerst nur eine Entente bestanden hat, die vielleicht 1896 in eine Allianz verwandelt wurde. Der Wortlaut der Verträge ist nicht bekannt geworden. Auch hier handelt es sich um einen Defensivvertrag. Es ist klar, daß die beiden Mächte zunächst mit der Verbindung nicht das gleiche Ziel verfolgten: Frankreich suchte eine Deckung gegen befürchtete Angriffe von Deutschland, Rußland eine Unterstützung in seiner Balkanpolitik, eventuell auch bei Konflikten mit England, später eine Rückendeckung bei seinen Unternehmungen in Ostasien. Immerhin war Deutschland in gewisser Hinsicht ein gemeinschaftlicher Gegner, und wenn der Konflikt von einem bestimmten Punkte aus sich entwickelte, konnten die andern Fragen gleichzeitig gelöst werden.

In diesem Bündnis haben nur insofern innere Verschiebungen stattgefunden, als im Verlaufe der Zeit der russische Zweck immer stärker über den französischen dominierte; dieser Umstand hat in der französischen öffentlichen Meinung gelegentlich zu leidenschaftlichen Ausbrüchen geführt, so noch, als beim Besuch des Zaren in Potsdam im Jahre 1910 bedeutsame Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland getroffen wurden. Im „Journal de Paris" hieß es damals (aus einem Interview mit dem Kriegsminister Brun):

> „Die russisch-französische Allianz besteht tatsächlich nicht mehr, weil das russische Heer durch die Wegverlegung bedeutender Truppenmassen von der Westgrenze seine Front gewechselt hat. Es ist nicht richtig, sich darüber Vorspiegelungen zu machen. Das russische Heer hat künftig nicht mehr die Aufgabe, die Westgrenze zu verteidigen. Sein etwaiger Gegner ist sicherlich nicht Deutschland."

Darauf antwortete eine russische Zeitung:

„Frankreich hat 1904/05 unsere Flotte aus Angst vor England aus seinen Häfen in Madagaskar und Tongking gejagt, während Deutschland sie aufnahm. Frankreich will von uns Hilfe bei der Rache an Deutschland, aber für uns will es nichts tun."

Aehnlich lauteten die Preßkommentare, als Kaiser Wilhelm und der Zar 1912 in Baltisch-Port zusammentrafen.

Der bisherige Verlauf der Dinge hat gezeigt, daß das ein in letzter Linie belangloser Streit gewesen ist.

So hat sich bis in den Anfang der 90er Jahre die Stellungnahme der kontinentalen Großmächte vollzogen; von größter Wichtigkeit ist aber auch die Haltung Englands. Es hat bis zum Jahre 1902 an seinem alten Grundsatz festgehalten, kein Bündnis abzuschließen. Es pflegte Freundschaften, besonders mit den Mächten, welche eine große Küstenausdehnung besitzen und daher seinem Einfluß stark zugänglich sind; altüberliefert war seine wohlwollende Freundschaft zu Portugal; in ähnliche Beziehungen trat es zu Italien, wenn auch hier die Friedensverhältnisse den Grad der Beeinflussung nicht verrieten, den es ausüben kann. Da die Beziehungen zu Rußland und Frankreich weniger freundschaftlich waren, weil Rußland in Asien, Frankreich in Afrika als bedrohliche Rivalen sich erwiesen, so galt England als ein Freund des Dreibundes. Das ist vielleicht nicht zum wenigsten ein Grund dafür gewesen, daß in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts keine eigentlichen Krisen hervorgetreten sind. England im besonderen war durchaus zufrieden mit der Ausbalancierung der europäischen Kräfte durch Dreibund und Zweibund.

IV.

Jetzt aber trat eine tiefgreifende Wandlung ein, welcher eine Reihe von Krisen und eine Neugruppierung der Mächte folgten: der Eintritt des Deutschen Reiches in die Weltpolitik. Im Anfang der 90er Jahre haben England und Frankreich besonders eifrig und systematisch am Ausbau ihres afrikanischen Besitzes gearbeitet. Nun erschien auch Deutschland auf dem Plane und zwar fast gleichzeitig an drei wichtigen Stellen: in Südafrika mit dem Telegramm Kaiser Wilhelms an Krüger (bei Anlaß des Jameson-Einfalles 1896), in Ostasien durch die Besetzung von Kiautschou (1897), im nahen Orient durch die Reise Kaiser Wilhelms nach Palästina, Syrien und Konstantinopel (in einer Tischrede zu Damaskus sagte Kaiser Wilhelm am 8. November 1898: „Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen sehen und verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.") Im Anschluß an diese Orientreise des Kaisers wurde der Bau der Bagdadbahn durch eine deutsche Gesellschaft in Angriff genommen.

Es bedarf eines bloßen Hinweises, um daran zu erinnern, daß die Gründung des Deutschen Reiches die Basis gebildet hat für den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands, und daß dieser wiederum die Ursache seines Expansionsbedürfnisses geworden ist. Eine weitere Konsequenz der Expansion selbst war die Schaffung einer stärkeren Flotte; in den Jahren 1898 (in dieses Jahr fällt das deutliche Memento, welches die Katastrophen der veralteten spanischen Flotten bei den Philippinen und bei Kuba erteilten) und 1900 wurden die zwei ersten großen deutschen

Flottengesetze eingebracht. In der Begründung des zweiten, größeren sagte der Reichskanzler Bülow am 11. Dezember 1899 im Reichstage folgendes:

„Der englische Premierminister (Salisbury) hatte schon vor längerer Zeit gesagt, daß die starken Staaten immer stärker und die schwachen immer schwächer werden würden. Alles, was seitdem geschehen ist, beweist die Richtigkeit dieses Wortes. Stehen wir wieder vor einer neuen Teilung der Erde, wie sie vor gerade 100 Jahren dem Dichter vorschwebte? Ich glaube das nicht; ich möchte es namentlich noch nicht glauben. Aber jedenfalls können wir nicht dulden, daß irgend eine fremde Macht, daß irgend ein fremder Jupiter zu uns sagt: Was tun? Die Welt ist weggegeben. Wir wollen keiner fremden Macht zu nahe treten; wir wollen uns aber auch von keiner fremden Macht auf die Füße treten lassen, und wir wollen uns von keiner fremden Macht beiseite schieben lassen, weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung. Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage, im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizierten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, die wir einzunehmen haben gegenüber den Vorgängen, die sich um uns herum abspielen und vorbereiten und welche die Keime in sich tragen für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse für vielleicht unabsehbare Zeit. Untätig beiseite stehen, wie wir das früher oft getan haben, entweder aus angeborner Bescheidenheit (Heiterkeit), oder weil wir ganz absorbiert waren durch unsere inneren Zwistigkeiten oder aus Doktrinarismus, träumend beiseite stehen, während andere Leute sich in den Kuchen teilen, das können wir nicht und wollen wir nicht. Wir können das nicht aus dem einfachen Grunde, weil wir jetzt Interessen haben

in allen Weltteilen. — Die rapide Zunahme unserer Bevölkerung, der beispiellose Aufschwung unserer Industrie, die Tüchtigkeit unserer Kaufleute, kurz, die gewaltige Vitalität des deutschen Volkes haben uns in die Weltwirtschaft verflochten und in die Weltpolitik hinein gezogen. Wenn die Engländer von einer Greater Britain reden, wenn die Franzosen sprechen von einer Nouvelle France, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland (Bravo rechts, Heiterkeit links), nicht im Sinne der Eroberung, wohl aber im Sinne der friedlichen Ausdehnung unseres Handels und seiner Stützpunkte. Ihre Heiterkeit, meine Herren von der Linken, macht mich nicht einen Augenblick irre. Wir können nicht dulden und wollen nicht dulden, daß man zur Tagesordnung übergeht über das deutsche Volk. Ich freue mich sagen zu können, daß das bisher im großen und ganzen von allen Seiten anerkannt wird."

Man kann sich denken, wie diese Vorgänge auf die glücklichen Besitzer früheren Datums wirkten. Eben in diesem Momente hatte England bei der Faschoda-Affäre Frankreich barsch aus seinem Bereiche gewiesen und seinem Streben nach dem Anschluß an den obern Nil den Riegel gestoßen, nebenbei bemerkt mit einer Brutalität, welche das spätere deutsche Auftreten in Marokko tief in den Schatten stellt. Frankreich hat darauf seine Schwenkung zu England vollzogen; während des Burenkrieges, der 1899 begann, hielt es sich, bei allem öffentlichen Enthusiasmus für die Buren, politisch ruhig, und 1904 schloß es seinen Kolonialpakt mit England. England hat, nach seiner traditionellen Politik, für den Schwächern optiert und Frankreich an einer Stelle freie Hand gelassen, in Marokko, wo es sich in keiner Weise mit englischen Interessen kreuzte. Zugleich

bot ihm die Marokkofrage Gelegenheit, Deutschland in seinen neuen, weltpolitischen Bestrebungen entgegen zu treten und es zu isolieren. An der Marokkoaffäre hat sich vor allem die sogenannte Einkreisungspolitik Eduards VI. entwickelt.

Wir treten damit in eine Periode rasch sich folgender Krisen ein: es sind die erste Marokkokrise, die durch die Konferenz von Algeciras beigelegt wurde (1904—1906), die Balkankrise, welche nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina 1908 ausbrach, die zweite Marokkokrise von 1911, die große Balkankrise während der zwei Balkankriege 1912 bis 1913, aus welcher sich der europäische Krieg entwickelt hat.

Zuerst soll ein Wort über die Marokkofrage gesagt werden. Es ist sicher, daß die Intervention in Marokko eine doppelte Veränderung in der Politik Deutschlands bezeichnet: es tritt zum ersten Male nach einer langen Periode achtungsvoller Respektierung wieder schroff gegen Frankreich auf, und es hemmt, entgegen der Gewohnheit Bismarckscher Politik, die koloniale Entwicklung Frankreichs. Es ist auch ganz sicher, daß von diesem Momente an in Frankreich die Erbitterung gegen Deutschland wieder gestiegen ist und der Gedanke einer kriegerischen Abrechnung neue Nahrung erhalten hat, nachdem er vielleicht schon viel an Schärfe verloren hatte. Dagegen ist folgendes zu bemerken:

Seit Deutschland in das Stadium der Expansion getreten ist, in dem sich England, Rußland und Frankreich schon seit Jahrzehnten befanden, konnte es, wie das Bülow in jener Reichstagsrede ausgeführt hat, nicht mehr untätig zusehen, wie die Welt weiter verteilt wurde. Es verteidigte in Marokko von Anfang an wirtschaftliche Interessen, die es schon früher dort besessen hatte und die verkümmert wurden, wenn

sich Frankreich völlig festsetzte in dem Lande. An eine Besitzergreifung hat die deutsche Regierung nicht gedacht. Ferner zeigt die Art des Abkommens zwischen Frankreich und England (vom April 1904), daß es sich dabei nicht nur um eine Abmachung über Marokko und Aegypten handelte, sondern um eine hinter dieser Kulisse sich vollziehende Neuorientierung der allgemeinen Politik der beiden vertragschließenden Länder (der „Daily Telegraph" sagte damals: „Nun ist Berlin nicht mehr der politische Abrechnungsplatz für Europa; die Rolle des ehrlichen Maklers ist ausgespielt"). In letzter Linie darf noch in Betracht gezogen werden, daß Frankreich seine Kolonien militärisch ausbeutet, um seine Armee zu verstärken, daß also eine Umwandlung Marokkos in eine Kolonie, die doch zweifellos zu erwarten war, auch von diesem Gesichtspunkt aus Deutschland nicht gleichgültig sein konnte. Von einem besondern, aus der geographischen Lage abgeleiteten Rechte kann doch offenbar das Frankreich nicht wohl sprechen, das kein Bedenken getragen hat, über analoge Rechte Italiens in Tunis achtlos hinwegzuschreiten.

Deutschland hat in der Marokkofrage schrittweise sich zurückziehen müssen, da es sich allen Mächten außer Oesterreich gegenüber sah. Zum Kriege kam es nicht; 1905/6 nicht, weil Frankreich zunächst nachgab und Rußland nicht kriegsbereit war, 1911 nicht, weil Deutschland noch in der großen Umgestaltung seiner Flotte stand und zudem die Marokkofrage nicht für einen zureichenden Grund zu einem allgemeinen Kriege hielt. In diesen beiden Momenten sowie in der bosnischen Krise würde England auf der Seite der Gegner Deutschlands gestanden haben.

Die bosnische Krise 1908/9 war wohl noch gefährlicher als die Marokkokrisen. Vor ihrem Aus-

bruch hatte sich 1907 der Ausgleich zwischen England und Rußland vollzogen in jenem Abkommen, das die Fragen in Vorderasien: Persien, Afghanistan, Tibet regelte. In einer Zusammenkunft zwischen Eduard VII. und dem Zaren in Reval, im Frühling 1908, wurden vermutlich Abmachungen über den Balkan getroffen, wo die makedonische Frage aufgerollt werden sollte. England besaß damals einen großen Vorsprung vor der deutschen Flotte, da es allein Schiffe von dem neuen Dreadnought-Typus gebaut hatte. Der Ausbruch der türkischen Revolution hat zunächst als Ablenkung gewirkt; durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina wurde die Lage wieder verschärft, indem Serbien, Montenegro und Italien sich in ihren Interessen verletzt sahen. Vor der energischen Haltung Deutschlands ging aber Rußland zurück; seine militärische Bereitschaft war noch nicht genügend in jenem Momente. Zudem hat Rußland gerade damals in der Meerengenfrage durch England eine entschiedene Zurückweisung erfahren.

Mit der Marokkokrise von 1911 hat die Spannung zwischen England und Deutschland ihren Höhepunkt überschritten; es kam seither zu einer behutsamen Annäherung. Wie groß in Wirklichkeit die Kriegsgefahr während dieser drei Krisen war, entzieht sich der Kenntnis der nicht Eingeweihten. Es ist behauptet worden (so von Maximilian Harden in den „Köpfen"), Eduard VII. habe seine Einkreisungspolitik geführt auf Grund der Ueberzeugung, daß sein Neffe, der Deutsche Kaiser, unbedingt am Frieden festhalte. Das Jahr 1909 habe ihm gezeigt, daß diese Voraussetzung unrichtig sei, und so habe er sich zurückgezogen. Darnach hätte also die englische Politik nur diplomatische, keine blutigen Erfolge gesucht. Das gleiche gilt vielleicht auch von der Krise, aus welcher der europäische Krieg hervorgegangen ist.

V.

Diese Krisen der Jahre 1905/6, 1908/9 und 1911 zeigen uns die Mächte Europas in der neuen Konstellation, die in einer Erweiterung und teilweisen Umgestaltung der alten Verhältnisse besteht. Wir müssen zur Betrachtung dieser Dinge etwas weiter ausholen. Die frühere Gruppierung war vor allem auf dem Boden der orientalischen Frage und der deutsch-französischen (elsaß-lothringischen) Frage entstanden. Im Anschluß Italiens an Deutschland und Oesterreich hat, leise präludierend, die Expansionsfrage mitgewirkt. Auf diesem Boden fußte die Bismarck'sche Politik. Sie ist dadurch charakterisiert, daß Bismarck einen blutigen Konflikt mit Rußland für sehr unwahrscheinlich, einen solchen mit England für ein Ding der Unmöglichkeit ansah. Im Laufe der drei letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hat sich nun die große Wandlung der Politik vollzogen, die man als den Uebergang von der kontinentalen zur Weltpolitik bezeichnet. Ihr wichtigstes Moment ist der Eintritt Deutschlands unter die Weltmächte, d. h. unter die Mächte, welche Expansionspolitik treiben.

Eine solche Politik war im größten Stile schon seit anderthalb Jahrhunderten von England betrieben worden. Es hatte sich dabei, unter geschickter Ausnutzung der politischen Differenzen auf dem europäischen Kontinente, an allen wichtigen Punkten der Erde festgesetzt, dabei oft aufs kräftigste unterstützt von seinen jeweiligen kontinentalen Bundesgenossen: so hat man mit Recht gesagt, Kanada sei für England durch Friedrich den Großen erobert worden. Englands europäische Politik bestand seit dem 17. Jahrhundert darin, auf dem Kontinente keine Uebermacht aufkommen zu lassen, die allenfalls imstande

sein könnte, eine sogar für England zu fürchtende Seemacht aufzustellen. So verband es sich jeweils mit den Schwächeren gegen den Stärkeren und wurde aus eigenstem Interesse der Schutz der kleineren Mächte und der Vorkämpfer des Freiheitsprinzipes; denn Freiheit bedeutet weitgehende Zersplitterung. England hatte immer, wie man es ausdrückt, seinen „Kontinentaldegen". Im Zeitalter Ludwigs XIV. waren es Oesterreich, das Deutsche Reich und Holland, in der Mitte des 18. Jahrhunderts Preußen, im Zeitalter Napoleons die verschiedenen Koalitionen der Kontinentalmächte, immer gegen Frankreich als die Uebermacht. Ein neuer Krieg dieser Art wurde erst wieder in der Mitte des 19. Jahrhunderts geführt, als England die Mitwirkung Frankreichs zum Krimkriege gegen Rußland gewann. 1878 trat es Rußland mit dem Berliner Kongreß entgegen. Im Anfang des 20. Jahrhunderts suchte es die Fortschritte Rußlands in Asien zu hemmen. Es brauchte nun auch einen asiatischen „Kontinentaldegen" und fand ihn in Japan. Bevor es sich mit Japan verband, soll es Deutschland ein Bündnis gegen Rußland angeboten haben, das jedoch abgelehnt wurde. (Als Kuriosum, das heute nicht ganz ohne pikanten Beigeschmack ist, will ich erwähnen, daß Bismarck in einer Reichstagsrede im Jahre 1878 erzählt hat, die Westmächte England und Frankreich hätten während des Krimkrieges Preußen zur Teilnahme am Kampfe gegen Rußland aufgefordert, um das „germanische Interesse" zu schützen.)

Auch Rußland, seit Jahrhunderten, und Frankreich, seit 1830, haben Weltpolitik getrieben mit großem Erfolge. Als Deutschland in der Mitte der 90er Jahre ebenfalls diese Bahn betrat, hatte es mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einmal kam es zu spät und fand nun nicht bloß die

wertvollsten Gebiete schon in festem Besitze vor, sondern traf auch auf völlig ausgebildete sogenannte Rechtsvorstellungen. Wäre es im Falle gewesen, vor Frankreich kolonial tätig zu sein, so wüßte ich nicht, mit welchem Rechtsargument ihm eine Festsetzung an der marokkanischen Küste hätte streitig gemacht werden können. Vor allem hat sich England ein solches Scheinrecht sozusagen über die ganze Erde angemaßt, das doch keine andere Wurzel besitzt als eine frühere Besitzergreifung, wobei erst noch zu beachten ist, daß England an den meisten Stellen den ersten Besitzergreifer gewaltsam hat verdrängen müssen (in Kanada, Indien, Kapland). Es ist auch ganz außer Zweifel, daß England das Prinzip des Gleichgewichtes der Mächte, das es in Europa verwendet, in der Expansionspolitik vollkommen vernachlässigt. Der Schwede Kjellen[1]) sagte: „Im Grunde genommen war die europäische Gleichgewichtsidee eine Kulisse, in deren Schutz England hinter dem Rücken Europas auf planetarischer Bühne dieses Reich aufbaute, das an Einwohnerzahl nicht hinter ganz Europa zurücksteht und an Umfang es dreifach übertrifft. Denn Gleichgewicht auf dem Kontinent bedeutet Englands Uebergewicht auf dem Meere und auf der planetarischen Bühne." Dazu sei auch das Wort eines Engländers zitiert; J. Alfred Spender, Chefredakteur der „Westminster Gazette", ein Vertreter des englischen Liberalismus, führt aus: „In der Theorie läßt es sich eben nicht verteidigen, daß eine Macht die Herrschaft zur See ausübt; aber praktisch können wir beweisen, daß unsere Herrschaft niemand zum Schaden gereicht. Ein kluger englischer Staatssekretär des Aeußern würde auf solche Einwände des Auslandes antworten:

[1]) R. Kjellen, „Die Großmächte der Gegenwart". Teubner 1914.

1. hat England keine Armee, mit der es irgend eine andere Macht ernstlich bedrohen könnte. Keine Macht braucht eine englische Invasion zu fürchten, während England einer Invasion ausgesetzt wäre, sobald wir die Herrschaft zur See verlieren. 2. Daß wir die wirtschaftlichen Vorteile, die wir kraft unserer Seemacht erworben, freiwillig mit aller Welt teilen infolge unserer Politik des Freihandels und der offenen Tür. — Wir können wohl verlangen, daß man uns diesen aufgeklärten Eigennutz zugute hält, da er auch unsern Nachbarn zugute kommt." — Dagegen läßt sich nun freilich wieder einwenden, daß die Dinge anders liegen, wenn England mit einer oder mehreren Festlandsmächten verbündet ist, überhaupt wenn es im Kriege steht; ferner, daß keine Garantie gegeben ist, daß der englische Staat immer den gleichen Charakter des Liberalismus behalte, und schließlich, daß die ganze bisherige Stellung Englands eine Bevormundung Europas bedeutet, der dieses, zum wenigsten einzelne Mächte, einfach entwachsen. Die Idee eines besseren englischen Rechtes ist also kaum aufrecht zu erhalten.

Eine weitere Schwierigkeit für eine weltpolitische Aktion Deutschlands liegt in seiner geographischen Situation. Es hat in seinem unmittelbaren Bereiche keine kolonisationsfähigen Gebiete (wie das für Rußland, Frankreich, Italien und Japan der Fall ist); entfernter gelegene kann es nur so lange erreichen und behaupten, als das England gefällt. So ergibt sich die eigentümliche Sachlage, daß es koloniale Erfolge in Fällen, wo ihm andere Mächte rivalisierend gegenüber treten, nur erreichen kann durch den militärischen Druck, den es in Europa auf seine Gegner ausübt. Der Verlauf der Marokkoaffäre zeigt das mit voller Deutlichkeit. Wenn man nun noch dazu rechnet, daß Deutschland in Europa zwischen seinen zwei Haupt-

gegnern liegt, so begreift man, warum es nicht wohl auf den Militarismus verzichten kann. Darüber hat auch Bismarck keinen Zweifel aufkommen lassen; er hat im Jahre 1885 im Reichstag gesagt: „Ohne die Armee kein Deutschland; weder wäre es geworden, noch ist es zu halten." Man begreift aber auch aus diesen Gedankengängen, weshalb gerade die kolonialen Gegner Deutschlands gegen seinen Militarismus eifern.

Zum Rechte Deutschlands, sich in der Welt Raum zu verschaffen, möchte ich noch das Wort eines Russen zitieren. In dem Buche des russischen Diplomaten Fürst G. Trubetzkoi („Rußland als Großmacht", 1910[1]) finden wir eine Vergleichung der wirtschaftlichen Entwicklung Englands und Deutschlands; der Autor fährt fort: „Wenn wir jetzt die Karte des Kolonialbesitzes beider Mächte überblicken, so wird sie uns, wie vorbereitet wir auf den zwischen ihnen bestehenden ungeheuren Unterschied auch sein mögen, äußerst nachdenklich stimmen. Bereits vor 10 Jahren verglich der verstorbene Fürst S. N. Trubetzkoi Deutschland mit einem ungeheuren Dampfkessel, welcher mit außerordentlicher Schnelligkeit einen Ueberschuß von Dampf entwickelt, der eines Ausweges bedarf; einen solchen Ausweg zu schließen, Deutschland seiner Sicherheitsventile zu berauben, hieße eine Explosion hervorrufen, die sowohl für Deutschland selbst wie für seine Verbündeten und seine Nachbarn gefährlich wäre."

Nach diesen Vorbemerkungen können wir die neue Gruppierung der Großmächte betrachten. Es haben sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die wichtigsten Umschichtungen vollzogen. Ausschlaggebend ist, daß England unter dem Eindruck der

[1]) In deutscher Uebersetzung, Deutsche Verlagsanstalt 1913.

deutschen Expansion, wenn auch nicht durch den Wortlaut von Bündnissen, so doch im tatsächlichen Verhalten, auf die Seite des Zweibundes getreten ist. 1904 hat es sich mit Frankreich, 1907 mit Rußland verständigt. Ein französischer Historiker, Driault,[1]) sagt in seinem Buche über die orientalische Frage: „Ein Hauptkapitel in dem Buche der orientalischen Frage schließt mit dem russisch-englischen Abkommen (1907). Es bedeutet einen Wendepunkt in ihrer Entwicklung." Und noch deutlicher wird er an einer andern Stelle, die ich ganz hierher setzen muß: „Das Schlachtfeld zwischen Germanen und Slaven war einst das Gebiet an Oder und Weichsel; heute ist es der Balkan. Die slavischen Völker fühlen in ihrem Rücken die Sympathie und den Halt Rußlands. Rußland verständigt sich mit Frankreich und England, und Italien ist nahe daran, zu begreifen, daß es die gleichen Interessen besitzt. So zeichnet sich um die Germanen an der untern Donau eine Einkreisung (encerclement) ab, deren geschichtlicher Sinn außergewöhnlich stark und eindrucksvoll ist (impressionnant). Werden sie diesen furchtbaren Ring durchbrechen? Werden sie von ihrem Wege die Slaven, die Latiner und die Angelsachsen zurückwerfen? Dieser Kampf um die Existenz (lutte pour la vie) wird gewaltige Anstrengungen von ihnen verlangen, die gefährlich sind für die Erhaltung des Friedens. Und so ist der Balkan nicht mehr bloß der Schauplatz der orientalischen Frage, sondern derjenige des allgemeinen Konfliktes der europäischen Nationen." — Diese Worte sind vor dem Jahre 1912 geschrieben worden!

Für die Bedeutung einer engern Verbindung zwischen England und Rußland möchte ich noch das Urteil des vorhin erwähnten russischen Diplomaten

[1]) E Driault, «La Question d'Orient». Paris, Alcan, 1912.

Trubetzkoi zitieren. Er erörtert die Gründe, die zu einem Kriege zwischen Rußland und Deutschland führen könnten, und findet zwei Möglichkeiten: die erste wäre, daß Deutschland ernste Ursachen hätte, ein englisch-russisches Bündnis zu fürchten, oder, daß ein solches wirklich zustande käme. Dann würde die traditionelle Furcht vor den Koalitionen eine konkrete und positive Rechtfertigung erhalten. Zum Zwecke der Selbsterhaltung und der Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes könnte Deutschland natürlich den günstigen Augenblick erfassen, um einer solchen Koalition einen entscheidenden Schlag zu versetzen. — Als anderer Anlaß könnte das Erwachen der panslavistischen Tendenzen in der äußern Politik Rußlands dienen."

Die orientalische Frage hat für Deutschland durch die veränderte Haltung Englands ein anderes Gesicht bekommen, besonders wenn man berücksichtigt, daß es heute auch positive Interessen im Orient, vornehmlich in Kleinasien, zu vertreten hat, was zu den Zeiten Bismarcks noch nicht der Fall war. Bismarck hat in der orientalischen Frage immer mit der Tatsache rechnen können, daß Rußland bei einem zu heftigen Vordringen im Oriente England als Gegner finden werde; das ist jetzt nicht mehr der Fall oder höchstens noch in sehr eingeschränktem Sinne. Für die veränderte Stellung Englands gegenüber Rußland, insbesondere in der Balkanfrage, ist eine Aeußerung Greys gegenüber dem deutschen Botschafter in London sehr bezeichnend (Unterredung vom 29. Juli 1914, zitiert in dem Schreiben Greys an Goschen unter demselben Datum, englisches Blaubuch Nr. 90). „Der deutsche Botschafter antwortete, daß Oesterreich-Ungarn sich kein serbisches Gebiet aneignen wolle, was mir die Bemerkung entlockte, daß — ohne serbisches Gebiet zu nehmen

und auch Serbien dem Namen nach die Unabhängigkeit lassend — Oesterreich-Ungarn das letztere dennoch mehr oder weniger in einen Vasallenstaat verwandeln könne, was dann die ganze Stellung Rußlands auf dem Balkan erschüttern dürfte." — Aus diesen Worten spricht nicht mehr die englische Politik des Zeitalters des Krimkrieges und des Russisch-Türkischen Krieges! Im Orient sind die drei Hauptansprecher Rußland, England, Frankreich vereinigt, und als vierter hat sich ihnen, sehr weitgehend wenigstens, Italien zugesellt. Italien hat schon lange neben seine „Allianzen" als fast gleichwertig seine „Freundschaften" mit England und Frankreich gestellt. Seit der bosnischen Krise von 1908 sind auch intimere Beziehungen zu Rußland angeknüpft worden. Die Rivalität mit Oesterreich auf dem Balkan hat Italien auf die Seite des Dreiverbandes gedrängt; dazu tritt als weiteres Motiv die Angst vor der englisch-französischen Seemacht im Mittelmeer. Diese neuen Faktoren haben den alten der Irredenta aufgefrischt und zu neuem Glanze gebracht.

Während so Expansions- und orientalische Frage eine Neuorientierung von England und teilweise von Italien veranlaßten, ist die elsaß-lothringische Frage politisch in alter Wirksamkeit geblieben oder hat, bei der Verschärfung der Gegensätze Englands-Rußlands zu Deutschland und Oesterreich, neue Kraft empfangen mit dem Wachsen der Hoffnung auf eine Lösung dieser Frage in französischem Sinne. Es fließen also Motive der neuen weltpolitischen und der alten kontinental-politischen Periode zusammen. Hat Deutschland noch aggressive Tendenzen gegen Frankreich besessen? Unter Bismarck sicher nicht, trotzdem die Franzosen die gewaltsame Machtpolitik auf seinen Namen taufen und bis heutigen Tages alles, was Deutschland unternimmt, dem Nachwirken seines

Geistes zuschreiben. Sie halten die politischen Maßnahmen, die Bismarck notwendig brauchte, um die deutsche Frage zu lösen, für das Wesen seiner Politik überhaupt und übersehen völlig den Wechsel, der nach dem Frankfurter Frieden eingetreten ist. Die Tatsachen beweisen aber hier mehr als alle Schlußfolgerungen. Seit Bismarck kann sich die Situation verändert haben; von der positiven Weltpolitik aus gelangt Deutschland freilich nicht zu einem Angriffe auf Frankreich, es sei denn, daß sie einander auf kolonialem Felde begegnen. Hier aber liegen die Dinge für Frankreich genau so wie für jede andere Macht. Dagegen ist wohl denkbar, daß von gewissen Seiten in Deutschland der Gedanke an einen Krieg mit Frankreich erwogen wurde, weil dieses sich den weltpolitischen Rivalen als „Kontinentaldegen" zur Verfügung stellt und noch mehr als aus diesem Grunde, weil es in Rußland den Widerstand gegen Deutschland finanziert. Auch wenn in Frankreich der Revanchegedanke völlig aufgegeben wäre, so wirkt er weiter, weil er in Rußland investiert ist in Form der französischen Milliarden, die dorthin geflossen sind und Rußland zu einer furchtbaren Kriegsmacht entwickelt haben, welche niemand mehr zügeln kann, am allerwenigsten Frankreich selber.

Es ist sicher, daß Deutschland heute militärisch keinen so großen Vorsprung mehr besitzt wie in den Zeiten Bismarcks. Bismarck hat noch in den 70er Jahren gerechnet, daß Deutschland den beiden Mächten Rußland und Frankreich zusammen überlegen sei; ja, er meinte, auch der Beitritt Oesterreichs zu den Feinden würde Deutschland nicht verderblich sein. Die Sicherheit Deutschlands hat also abgenommen.

VI.

Nun haben aber weder die fortwirkenden alten kontinentalen Gegensätze, noch die Umlagerungen in der Gruppierung der Mächte, noch die frühern Krisen zu einem Ausbruch des allgemeinen Krieges geführt. Es ist bekannt, daß dieser glückliche Umstand zu einem Teil dem Gefühl der furchtbaren Verantwortlichkeit gegenüber einem solchen Kriege und dem Fortschreiten der Friedensidee in den Völkern zu verdanken ist, anderseits freilich auch der noch nicht genügenden Kriegsbereitschaft einer oder mehrerer Mächte. Ich möchte aber noch auf einige andere Faktoren hinweisen, welche aufschiebend und mildernd wirkten. Ruedorffer[1]) hat auf die Erscheinung der „parallelen Expansion" hingewiesen. Während in Europa, abgesehen etwa vom Balkan, keine Expansion mehr möglich ist ohne kriegerischen Zusammenstoß, gewährt die Erde doch noch verhältnismäßig viel Raum für die Ausbreitung der Mächte. Hier kann sie einstweilen noch in friedlicher Weise erfolgen, wenn man freilich zugestehen muß, daß aus der Expansion neue Spannungen und Reibungen entstehen können. Die Kolonialgeschichte der letzten Jahrzehnte gibt die Belege für diese relativ friedliche parallele Expansion. Man kann weiter beobachten, wie die Expansion sich in der Richtung des kleinsten Widerstandes bewegt. Hiefür ist besonders das Beispiel Rußlands lehrreich. Als es im Berliner Kongreß sah, daß einer Expansion auf dem Balkan ein zu großer Widerstand begegne, richtete es seine Unternehmungen nach Zentralasien, und als es hier die Grenzen gegen den englischen Besitz erreicht hatte, wich es nach Ostasien aus. Daß es hier den von England ermöglichten Widerstand

[1]) Ruedorffer, Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Deutsche Verlagsanstalt 1914.

Japans fand, veranlaßte es, nach dem Balkan zurückzukehren. Aehnlich ist England um das Jahr 1900 von Asien nach Afrika ausgewichen und Frankreich vom Nil nach Marokko.

Ein retardierendes Moment ist auch der Umstand, daß in der Politik jeder Nation verschiedene Tendenzen vorhanden sind. Kein Staat findet sein Interesse in einer vollständig einseitigen Orientierung seiner Politik. In Rußland gibt es Panslawisten und gemäßigte Politiker, welche den innern Ausbau des Reiches für wichtiger halten; in Italien stehen die einzelnen Politiker und politischen Gruppen verschieden zum Dreibund und zum Zweibund; auch in England gibt es nicht ausschließlich Gegner Deutschlands und in Deutschland nicht bloß Feinde Englands. Diese innern Differenzen verleihen der Politik eine gewisse Elastizität, welche der Erhaltung des Friedens dient; freilich kann auch die umgekehrte Wirkung überraschend eintreten, indem immer auch in friedlichen Zeiten kriegerische Gruppen vorhanden sind. Als Beispiele einer unerwarteten partiellen Schwenkung möchte ich nennen die Potsdamer Abmachungen zwischen Rußland und Deutschland (1910) und das Abrücken Englands von Rußland (1913).

Diese inneren Differenzen bewirken auch, daß es sehr schwierig ist, über den mutmaßlichen Gang der Ereignisse etwas vorherzusagen (das zeigt sich z. B., wenn wir an die momentane Haltung von Italien und Rumänien denken). — Noch aus einem andern Grunde ist es schwierig, die Situation zu beurteilen. Der scheinbar sichere, greifbare Ausdruck der politischen Konstellation sind die Bündnisse und Ententen. Aber diese sind etwas relativ Starres, während die politische Entwicklung in stetem Flusse sich befindet. Deshalb entsprechen sie durchaus nicht immer der wirklichen Situation.

Das ist z. B. der Fall bei Italien. Man darf es wohl ruhig als einen Zufall bezeichnen, daß es sich bei seiner neutralen Haltung mit dem Wortlaute des Vertrages decken kann. Seine Interessen, wenigstens die an der Oberfläche liegenden, sind nicht so stark auf der Seite seiner Bundesgenossen; die Beziehungen zu Frankreich sind andere geworden seit dem Abschluß des Dreibundes, so daß die Zugehörigkeit zu demselben nicht der wirklichen Situation entspricht (womit nicht gesagt sein soll, daß sie nicht dem wohlverstandenen Interesse Italiens entsprochen hat und auch jetzt noch entsprechen könnte). Hier sagt das Bündnis mehr, als die Wirklichkeit hält. Umgekehrt sagt wahrscheinlich die Entente Englands mit Frankreich und Rußland weniger, als der Wirklichkeit entspricht, d. h. es hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß diese Mächte zusammenstehen, auch wenn der Wortlaut der Abmachungen sie nicht dazu zwingt. Die tatsächlichen Interessen entscheiden. Wir wissen zudem nicht, ob und was für mündliche Verabredungen vorhanden sind. Daß diese losere Form der Entente große diplomatische Vorzüge besitzt, leuchtet wohl ein. Diese Unsicherheit selbst kann dem Frieden förderlich, unter Umständen aber auch schädlich sein.

Ferner kann schon die bloße Wahrscheinlichkeit, daß eine Macht diese oder jene Haltung einnehmen wird, eine sehr große Rolle spielen. Ich möchte hier anführen, was Trubetzkoi von den Bündnissen sagt, und es zugleich auf die Ententen ausdehnen: „Man darf auch nicht übersehen, daß schon der Abschluß eines neuen Bündnisses von den andern Mächten nicht gleichgültig hingenommen würde (er spricht von der eventuellen Quadrupelallianz Rußland, Frankreich, England, Italien). Indem sie das vorhandene allgemeine Kräfteverhältnis einer bedeutenden Ver-

schiebung unterzieht, kann schon die Tatsache eines neuen Bündnisses, mag dieses auch von der aufrichtigsten Friedensliebe diktiert sein, ein den Wünschen seiner Urheber gerade entgegengesetztes Ergebnis zur Folge haben." (Deshalb verwirft Trubetzkoi den Gedanken dieser Quadrupelallianz.)

Unter den Gesichtspunkten, welche über Krieg oder Frieden entscheiden, ist auch die Fähigkeit des politischen „Wartenkönnens" zu erwähnen. Doch ist ein Urteil darüber außerordentlich heikel. Rein historisch genommen, kann z. B. Rußland besser warten als jede andere Macht; es arbeitet mit den quantitativen Größen, vor allem mit der Zahl seiner Einwohner, und dieser Faktor macht sich *in der Zeit* geltend. Frankreich dagegen kann in dieser Hinsicht nicht warten; man hat berechnet, daß, während Frankreich jedes Jahr auf Grund seiner Geburten einen Zuwachs seiner Armee von 12,000 Mann erwarten darf, Deutschland einen solchen von 325,000 Mann in Rechnung stellen kann. Dagegen ist es sehr fraglich, ob die finanzielle Lage Rußlands ein weiteres Warten gestattet hätte; gerade im Jahre 1913 hat es mit Hilfe eines neuen Milliardenanleihens seine Kriegsbereitschaft außerordentlich verstärkt; man berechnet, daß es sie bis 1915 oder spätestens 1916 auf das Maximum gebracht hätte. Es ist ferner fraglich, ob die politische Konstellation angesichts des Vordringens Rußlands gegen das Mittelmeer noch lange dieselbe geblieben wäre, ob nicht England seine Stellung verändert hätte. Was England und Deutschland anbetrifft, so konnte England weniger gut warten, da Deutschland im wirtschaftlichen Wettlauf ihm immer näher rückte. Andrerseits kann man sagen, daß England mit den Problemen des Reichsausbaues zu tun hatte und deswegen einen Krieg nicht wünschte. Ich wage nicht, auf Argumentationen

aus diesem Gebiete einen Schluß zu bauen, so beliebt das sonst ist.

Auf völlig unsicherem Boden bewegt man sich auch bei der Abwägung der großen Zukunftsprobleme, welche einzelne Staaten beschäftigen (oder vielleicht auch nur müßige Köpfe in ihnen). In erster Linie werden England, Deutschland und Rußland genannt; die Hauptrolle in diesen Plänen spielt Vorderasien.

Für England soll es sich um die Schöpfung eines südwestasiatischen Reiches handeln, dem Breitegrade folgend nach der Formel Kairo-Kalkutta. Es würde dazu von der asiatischen Türkei Arabien, Mesopotamien, ferner die Randgebiete des Persischen Golfes brauchen. Zusammen mit dem englischen Ostafrika (Kairo-Kapstadt) und Australien würde dieser Besitz beiläufig den Indischen Ozean zu einer Art englischen Binnenmeeres machen. Man hat für dieses Kind auch schon den Namen gefunden, es heißt: Indiameerreich. Etwas bescheidener nimmt sich das „größere Deutschland" aus. Es hat, auch in Vorderasien, die Bagdadbahn als Rückgrat; die anstoßenden Gebiete Syrien und Mesopotamien müßten dabei entweder deutsch werden oder türkisch bleiben und unter deutsches Protektorat treten. Aber dieses germanische Vorderasien würde nun durch die europäische Türkei und Oesterreich mit Deutschland in unmittelbare Verbindung treten nach der Formel Berlin-Bagdad oder Elbe-Euphrat. Wenn dem so sein sollte, so begreift man, daß der Balkankrieg einen bösen Riegel gestoßen hat. Dazu käme noch ein großes deutsches Aequatorialreich in Westafrika. Ganz Hirngespinst sind diese Dinge nicht, denn es ist in den englisch-deutschen Ausgleichsverhandlungen 1913 darüber gesprochen worden. Rußland soll die Besetzung von Türkisch-Armenien planen, um hier,

im Hafen von Alexandrette, an das Mittelländische Meer zu gelangen, mit Umgehung der gesperrten Meerengen. Dieses Projekt hat auch bereits die Nervosität Englands hervorgerufen.

Welcher Grad von Wirklichkeit oder Möglichkeit diesen Projekten innewohnen mag, sicher ist, daß der Verlauf des Balkankrieges die Beziehungen Deutschlands zur Türkei schwer beeinträchtigt und die Möglichkeit einer Entfaltung deutschen Einflusses in der Levante auf ein Minimum herabgesetzt hat. Die weitaus wertvollste, zukunftsreichste, durchaus im Bereiche des Möglichen liegende Expansion Deutschlands ist dadurch unterbunden worden. Eine Macht kann vielleicht eine Vertagung ihrer Projekte in Ruhe hinnehmen, aber die Möglichkeit der Verwirklichung muß gewahrt bleiben.

Im Vorbeigehen möchte ich noch eine Frage streifen, soweit sie die hier in Betracht fallenden Beziehungen der Völker berührt: die Rechtsfrage. Dabei soll aber nicht spekulativ erörtert werden, was das Recht als Grundlage für die internationale Potitik sein könnte oder sein sollte.

Da ist von französischer Seite die Behauptung aufgestellt worden (so z. B. von dem Historiker Seignobos in seiner „Histoire politique de l'Europe contemporaine"), die elsaß-lothringische Frage sei nicht eine Macht-, sondern eine Rechtsfrage; im Jahre 1871 hätte das Volk in den beiden Provinzen, wenn man es befragt hätte, sich für Frankreich entschieden; die Annexion gegen seinen Willen sei eine Verletzung des demokratischen Prinzipes, welches allein maßgebend sein dürfe bei Fragen von solcher Tragweite. Darauf ist zu erwidern: als die Franzosen in den Jahren 1552, 1648, 1681 u. f., 1766 das Elsaß und Lothringen schrittweise gewannen, haben sie keine Volksabstimmungen veranlaßt, sondern ledig-

lich nach dem Machtprinzip gehandelt. Daraus kann offenbar kein unanfechtbares Recht erwachsen. Auch die Verjährung darf nicht geltend gemacht werden: im Jahre 1815 nach dem Sturze Napoleon I. wurde von deutscher, namentlich preußischer Seite die Rückgabe der Gebiete verlangt; da haben sich aber neben Oesterreich auch Rußland und England dagegen ausgesprochen; wären die Gebiete damals deutsch geworden, würde vielleicht die ganze europäische Geschichte einen andern Verlauf genommen haben. Auch das Nationalitätenprinzip wird als Ausgangspunkt für eine Rechtsfrage verwendet: haben Völker ein Recht, die Angliederung von Stammesangehörigen zu verlangen, die einem andern historischen Staatswesen angehören? Diese Frage hat eine besondere Bedeutung für das Balkanproblem, wie wir gesehen haben. Wenn man sie prinzipiell bejaht, so bejaht man das Recht jeder Irredenta. Man könnte schließlich abstellen auf das Plebiszit, auf den formellen Wunsch der in Frage stehenden Gebiete (sagen wir Bosnien, Siebenbürgen, Makedonien); aber dagegen erhebt sich ein schwerwiegender Einwand historischer Natur: soll sich Oesterreich auf diese Weise amputieren lassen, während Rußland intakt erhalten bleibt, einzig deshalb, weil es mit unerbittlicher Strenge und Brutalität die Fremdvölker in seinem Reiche russifiziert, zu dem ausgesprochenen Zwecke, gerade diese Frage verschwinden zu lassen? Trubetzkoi macht auf diesen innern Widerspruch der russischen Politik aufmerksam, die sich außerhalb ihrer Grenzen als der Vorkämpfer der nationalen Wünsche aufspielt, im Innern dagegen die Nationen ihrem Wesen nach zu vernichten strebt. — Es ist überhaupt nicht zulässig, in den Zusammenhang historisch-politischer Bildungen und Verschiebungen plötzlich an irgend einer Stelle das absolute

Rechtsprinzip einführen und es praktisch geltend machen zu wollen. Man würde auch nie über eine sehr subjektive, inkonsequente und deshalb wertlose Handhabung desselben hinauskommen. Das Verhältnis zwischen Oesterreich und Serbien z. B. ist nicht eine Frage des absoluten Rechtes, sondern es ist ein Teil der gesamten Entwicklung der Balkanfrage und weiterhin der gesamten europäischen Konstellation. Serbien ist eine Figur auf dem politischen Schachbrett, deren Aktion und Stellung dem Gegner gegenüber in Frage kommt und zwar im Zusammenhange des Gesamtspieles.

Eine eigenartige Stellung nimmt in Rechtsfragen die Türkei ein; es gilt nämlich seit jeher das stillschweigende Uebereinkommen, daß ihr gegenüber jedes Unrecht erlaubt sei; das ist bis zu einem gewissen Grade begreiflich aus ihrer Geschichte. Aber auch hier wird keine Konsequenz inne gehalten. Als Oesterreich die Annexion von Bosnien und der Herzegowina vollzog, da wiesen die österreichfeindlichen Mächte nicht nur auf die Abmachungen des Berliner Kongresses, sondern auch auf die Rechte der Türkei hin. Als in der italienischen Kammer bei der Verhandlung dieser Frage der Minister des Aeußern, Tittoni, sagte, das Los Bosniens sei entschieden, unterbrach ihn der Abgeordnete Chiesa mit den Worten: „durch den Bruch der souveränen Rechte seiner Majestät des Sultans". Ich weiß nicht, ob er bei der Annexion von Tripolis das Gleiche gesagt hat; jedenfalls hätte er damit kaum einen Effekt erzielt. Der Balkanbund hat in seinem Ultimatum vom Herbst 1912 an die Türkei keine geringern und ebenso tief in ihre Souveränität einschneidenden Forderungen gestellt wie Oesterreich 1914 an Serbien. Man hat damals nicht viel von Protesten gehört gegen diesen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates.

Man wird zugeben müssen, daß Deutschland und Oesterreich in einer schwierigen Situation sich befinden mit ihrem Interesse an der Erhaltung eines Staates, dem man die Wohltat des Rechtes nicht zuerkennt.

VII.

Endlich sei hier noch ein Wort gesagt über das Schwergewicht der Mächte, da es für den Ausbruch der Katastrophe bestimmend gewesen ist. Es zeigt sich meines Erachtens darin, daß unter den kontinentalen Mächten Rußland und Deutschland die Maß- und Richtunggebenden geworden sind. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich Rußland auf Grund einer rein französischen Angelegenheit hätte in den allgemeinen Krieg ziehen lassen. So ist z. B. die elsaß-lothringische Frage als solche aus der Reihe der selbständigen Kriegsmotive ausgeschaltet gewesen, nicht wegen Frankreich sondern wegen Rußland. Sie wirkte nur noch mit, indem sie eine wirkliche Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich machte, als latente Krankheitsdisposition, die erst wirksam wurde, wenn ein stärkerer Erreger den Ausbruch herbeiführte. Auf der andern Seite würde Oesterreich für sich keinen kriegerischen Ausschlag haben geben können; aber hier lagen die Dinge nun so, daß eine weitere Schädigung Oesterreichs von Deutschland als eine vitale Bedrohung empfunden wurde, angesichts der dauernd feindseligen Disposition der Tripelentente. Diese Sachlage trat zum ersten Mal in der bosnischen Krise deutlich hervor, als Bülow im Reichstag das Wort von der Nibelungentreue Deutschlands prägte. Die veränderte Stellung Rußlands und Englands bedeutet die wichtigste Veränderung in der europäischen Situation seit den Zeiten Bismarcks. Sie ist die historische Ursache des gegenwärtigen Krieges. Deutschland

mußte in ihr eine so starke Bedrohung sehen, daß es eine weitere Schwächung Oesterreichs nicht mehr zugeben konnte, ohne seine eigene Existenz zu gefährden. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, wie langsam und widerstrebend die deutsche Politik sich von den friedlichen, ja freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland abgelöst hat, mögen bei diesen auch ebenso stark Gründe der innern wie der äußern Politik gesprochen haben. Immer wieder suchte sie zu Rußland ein gutes Verhältnis zu gewinnen, zuletzt noch in der Kaiserzusammenkunft von Baltisch-Port (Juli 1912). Diese Haltung der deutschen Politik scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß Deutschland keineswegs eine offensiv gewaltsame Lösung der weltpolitischen Fragen anstrebte.

Von England spreche ich in diesem Zusammenhange weiter nicht; es ist mit den kontinentalen Mächten doch nicht so eng verknüpft, daß seine Stellungnahme von vornherein festgelegt wäre. Es hat am längsten die Entschlußfreiheit bewahrt. Die Geschichte zeigt, daß es die kontinentalen Kriege nicht anstiftete, daß es aber, wenn sie einmal ausgebrochen waren, mit kalter Sachlichkeit seine Partei wählte. Immerhin ist zu sagen, daß sich England wohl nie so stark in die kontinentalen Kombinationen eingelassen hat wie in den Zeiten König Eduards.

VIII.

Angesichts der geschilderten Verhältnisse war der Ausschlag von der Seite Rußlands zu erwarten, und von daher ist er gekommen; historisch betrachtet, nicht in erster Linie durch das serbisch-panslawistische Attentat von Sarajewo, sondern durch den Balkankrieg. In Ostasien war durch den unglücklichen Ausgang des mandschurischen Krieges einem weitern Vordringen Rußlands für einstweilen Halt geboten;

dagegen hatte es durch den spätern Vertrag mit Japan völlig freie Hand und Rückendeckung erlangt und konnte sich nun, innerlich ermutigt durch die politische Atmosphäre Europas, wie wir sie kennen gelernt haben, einer entschiedenen Behandlung der Balkanfrage zuwenden. Mit dem Balkankrieg hat der große Vorstoß nach der europäischen Türkei eingesetzt, der dazu bestimmt war, die Jahrhunderte alte Streitfrage mit Hülfe der Südslaven im Sinne Rußlands zu lösen. Dem ist so trotz der Anteilnahme Griechenlands und der Stellung Rumäniens. Es ist diesen Staaten kaum möglich, sich dem Einfluß eines siegreichen Rußland zu entziehen. Der zweite Balkankrieg gegen Bulgarien ist vom russischen Standpunkte aus betrachtet mehr ein Regiefehler gewesen; z. T. hing er auch davon ab, daß Serbien momentan höher steht in der russischen Gunst als Bulgarien, einmal weil Bulgarien der Konkurrent für Konstantinopel ist, sodann weil Serbien als Sturmbock gegen Oesterreich dient. Im deutschen Weißbuch ist die, nach der Entwicklung der Dinge vor und nachher nicht unwahrscheinliche, Auffassung vertreten, daß der Riß im Balkanbund dadurch geheilt werden sollte, daß Serbien Bosnien und die Herzegowina gewinnen und dafür seinen Anteil an Makedonien Bulgarien abtreten sollte.

Eine Folge des Balkankrieges war es, daß Oesterreich nun endgültig der Weg nach dem Balkan versperrt ist. Die Türkei, der Freund Deutschlands, ist im Innersten erschüttert und räumlich von seinem Helfer völlig isoliert. So wurde es nun sehr wahrscheinlich, daß auch die Liquidation der vorderasiatischen Türkei sich einst ohne Deutschland vollziehen würde, unter den Mächten der Tripelentente.

Giolitti hat in der letzten Session der italienischen Kammer erklärt, daß Oesterreich schon 1913 einen

Krieg gegen Serbien plante; das ist durchaus wahrscheinlich; denn der Hauptschlag gegen Oesterreich und indirekt gegen Deutschland war eben die große Umwälzung auf dem Balkan. Wie unendlich sich seine Situation verschlimmert hat, leuchtet ohne weiteres ein. Die bisherigen Abmachungen zwischen Rußland und Oesterreich und Italien und Oesterreich hatten immer die Erhaltung des status quo auf dem Balkan zur Voraussetzung. Der Balkankrieg war eine Verletzung dieser Abmachungen, deren Schaden einseitig auf Oesterreich fiel, vielleicht auch auf Italien; aber das sieht man dort einstweilen nicht oder will es nicht sehen; in historischer Perspektive betrachtet, ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß Triest und Dalmatien auf die Dauer der Unschuld Italiens beschieden sein werden.

Eine weitere sehr geschickt berechnete Folge war, daß, wenn die Balkanfrage die Ursache eines Krieges wurde, sich aller Wahrscheinlichkeit nach Italien vom Dreibunde trennen würde. Hier konnte man immer auf den Nationalismus und das Bestreben der Italiener spekulieren, die Oesterreicher soweit als möglich von der Adria zu verdrängen. Es herrscht dabei in Italien noch die alte, mit der traditionellen Abneigung gegen Oesterreich verbundene Ueberschätzung der adriatischen Frage; den Blick auf das Mittelmeer zu richten, scheint aber angesichts der englisch-französischen Seemacht nicht rätlich. (Was nützt es Italien, wenn es die Adria beherrscht und dafür im Mittelmeer durch den Machtzuwachs Englands und Frankreichs, unter Umständen auch Rußlands, in eine inferiore Stellung herabgedrückt wird?) Bei der Schaffung Albaniens hat sich Italien freilich noch von den andern Dreibundmächten unterstützen lassen. Das Odium davon fiel ja allein auf Oesterreich.

Wer oder was Oesterreich 1913 vom Kriege gegen Serbien zurückgehalten hat, läßt sich heute

wohl noch nicht entscheiden; vielleicht ist es Deutschland gewesen. In einem Aufsatz, der im Oktober 1913 erschienen ist (in Cottas Zeitschrift „Der Greif"), klagt der österreichische Historiker Friedjung darüber, daß Deutschland mehr als einmal den an sich zahmen Flug des Wiener Kabinettes gehemmt habe. Das Attentat von Sarajewo in seinem ganzen Zusammenhang wurde nun in Oesterreich als ein Beweis dafür angesehen, daß die Bedrohung durch die serbische Propaganda weitergehe, und man zog daraus die entsprechenden Schlüsse.

Schon Anfang 1913 hatte der allgemeine Krieg nahe gestanden; als Rußland seine Absicht aussprach, Truppen in Türkisch-Armenien einmarschieren zu lassen, erklärte Deutschland, die Ausführung würde den europäischen Frieden bedrohen. Rußland stand von dem Plane ab. Es folgten die gewaltigen Vermehrungen der Rüstungen: Deutschland akzeptierte die neue Wehrvorlage, nach der die Friedensstärke von 544,000 Mann auf 661,000 Mann erhöht wurde, und erhob den Milliarden-Wehrbeitrag. In Rußland wurde die Friedensstärke auf 1,8 Millionen Mann angesetzt; an der Westgrenze wurden neue strategische Bahnen gebaut. In Frankreich wurde die dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt. Es scheint, daß Rußland und Frankreich mit diesen Rüstungen so ziemlich an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gekommen sind. Politisch freilich konnten sie eher warten, da der Verlauf der Ereignisse, wenn er nicht gewaltsam unterbrochen wurde, zu ihren Gunsten arbeitete. Die Frage, ob sie von sich aus losgeschlagen hätten, ist also wohl nicht und vielleicht nie zu beantworten.

So standen die Dinge auf dem Kontinent; wenn Oesterreich und Deutschland weiter nachgaben, konnten

sie ohne dauernde, sich stets verstärkende Schädigungen nicht wegzukommen hoffen, die umso bedenklicher schienen, wenn sie die zweifelhafte Haltung Italiens und die zum mindesten auch jetzt noch sehr unfreundliche Haltung Englands in Betracht zogen. Welches war nun die Stellung, die England einnahm? Die Spannung gegen Deutschland hatte von 1911 an (vielleicht seit dem Tode König Eduards) entschieden nachgelassen, und Anfang 1913 schien sich die Situation noch günstiger zu gestalten. England konnte das erneute Vordringen Rußlands, resp. des russischen Einflusses auf dem Balkan nicht mit ungeteilter Freude ansehen. Viel schärfer wurden aber die Besorgnisse, als Rußland anfangs 1913 Miene machte, Türkisch-Armenien zu besetzen. England schloß mit der Türkei den Koweit-Vertrag, durch den es den asiatischen Bestand der Türkei auf 40 Jahre garantierte, d. h. es bezog Stellung gegen Rußland. Es trat nun auch mit Deutschland in Ausgleichsverhandlungen; daraus schließe ich, daß es nicht völlig aussichtslos gewesen wäre für eine geschickte deutsche Politik, die Kluft zwischen England und Rußland noch zu vergrößern, wenn der Friede erhalten blieb. Aber der Ausbruch des Krieges überstürzte die Sachen. Ich glaube, daß England den Krieg gerne vermieden hätte, mehr aus Besorgnis vor Rußland als aus Sympathie für Deutschland. Als aber der Krieg in greifbare Nähe rückte, hat England ziemlich klare Andeutungen gemacht über die Stellung, die es einzunehmen gedenke; in Petersburg und Paris rechnete man zweifellos damit, daß England, wenn der Krieg ausbreche, bei Rußland und Frankreich stehen werde. Vielleicht gingen die mündlichen Abmachungen unter den drei Mächten, speziell über das Kooperieren der Flotten, in dieser Richtung. Wir wissen aber

nicht, wie weit ihre Verbindlichkeit reichte[1]). Ich glaube, daß durch das wirkliche Ausbrechen des Krieges Englands Stellung bestimmt war. Nach seiner alten Tradition hat es den Festlandskrieg nicht zum Ausbruch gebracht; sobald er aber ausgebrochen war (genau genommen, schon etwas früher, während der Verhandlungen) bezog es seine Stellung und zwar gegen den Stärkeren, der zugleich sein gefährlichster Rivale war. Und, wie man weiter sagen kann, gegen den räumlich und zeitlich nähern Feind zugunsten des ferneren.

Es sollen später noch einige Stellen aus dem englischen Blaubuch vorgelegt werden, von denen ich glaube, daß sie meine Auffassung unterstützen.

Englands Verhalten war vielleicht auch noch durch die Erwägung mit bestimmt, daß eine Niederlage Rußlands und Frankreichs finanziell eine größere Katastrophe mit sich bringen werde als eine Niederlage Deutschlands, aus der es sich in gewissen Beziehungen eher einen Gewinn versprechen konnte. Eine Teilnahme an der Seite Deutschlands gegen Rußland und Frankreich war wohl in jedem Falle ausgeschlossen.

* * *

Nach dem englischen Blaubuch und dem deutschen Weißbuch glaube ich folgenden Ablauf im Mechanismus der Verhandlungen feststellen zu können:

Oesterreich hat den Entschluß gefaßt, Serbien zu bestrafen, wenn es die österreichische Note nicht in vollem Umfange annehme, und diese Aktion als eine rein österreichisch-serbische Angelegenheit zu behandeln, die nicht vor einen Areopag europäischer Mächte gehöre. Deutschland teilte diese Auffassung und hat von vorneherein erklärt, daß es in diese Angelegenheit sich nicht einmische. Als nun Rußland zu verstehen

[1]) Vergl. zu dieser Frage die unten zitierten Dokumente aus dem englischen Blaubuch, Nr. 140 und 148.

gab, daß es Serbien nicht fallen lasse, ging Oesterreich auf Veranlassung Deutschlands so weit, die Integrität des serbischen Territoriums zu garantieren, nicht aber, wie Rußland verlangte, diejenige der serbischen Souveränität; daran hing eben die Durchführung der Bestrafungsaktion. In diesem Stadium brach am 28. Juli der Krieg aus zwischen Oesterreich und Serbien. Auf dieser österreichischen Basis erklärte sich Deutschland bereit, zwischen Oesterreich und Rußland zu vermitteln, an der Seite von England (nicht zwischen Oesterreich und Serbien); Ziel einer solchen Vermittlung wäre eine Verständigung über die weitere Behandlung Serbiens gewesen. Diese letztere Vermittlung zwischen Oesterreich und Rußland scheiterte nach deutscher Auffassung, weil Rußland schon vom 27. Juli an mit der Mobilisation begann, so daß das Verlangen nach einer Konferenz oder nach weiteren Verhandlungen als ein Mittel der Verschleppung erscheinen mußte.[1])

[1]) Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht eine Aeußerung Greys an den englischen Botschafter in Petersburg, S. Buchanan. Grey hat die Nachricht erhalten, daß Oesterreich die von England vorgeschlagene Vermittlung mit Serbien in Erwägung ziehe. Grey fügt hinzu: „Berichten Sie dem Minister des Aeußern darüber und fügen Sie bei, daß, wenn Rußland, der Annahme des Vermittlungsvorschlages seitens Oesterreich-Ungarns eingedenk, sich zur Einstellung seiner Mobilisation verstehen könne, es noch möglich schiene, den Frieden zu erhalten" (engl. Blaubuch Nr. 135). Beachtenswert ist auch die Form, in welcher der russische Minister des Aeußern dem englischen Botschafter in Petersburg das letzte russische Vermittlungsangebot mitteilt (engl. Blaubuch Nr. 97, engl. Fassung): Der deutsche Gesandte sei, als er den Krieg in drohender Aussicht sah, *zusammengebrochen*, und darauf habe Sassonow gesagt, Rußland werde den Frieden halten, wenn Oesterreich aus seinen Forderungen die Punkte streiche, welche die serbische Souveränität bedrohten. — Diese Aufmachung bedeutet moralisch ein Diktieren des Friedens durch Rußland.

England hat von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß die serbische Antwort genügend sei. Es verlangte dann die Berufung einer Konferenz von vier Mächten (Frankreich, Deutschland, Italien, England). Deutschland lehnte das für die Behandlung der österreichisch-serbischen Frage ab, nicht für die der österreichisch-russischen; bei der Haltung von Italien fürchtete es wohl eine Neuauflage der Algeciras-Konferenz. England erklärte, wenn der Krieg nur den Balkan betreffe, werde es sich nicht einmischen. Da Grey in Uebereinstimmung mit Paul Cambon, dem französischen Botschafter in London, feststellte, daß bei einem Angriffe Deutschlands auf Rußland Frankreich nicht neutral bleiben könne (die Annahme, daß Frankreich dem Krieg hätte fern bleiben können, ist also ausgeschlossen), und weiterhin erklärte, daß man nicht darauf rechnen könne, daß England bei einer Ausdehnung des Krieges auf Frankreich beiseite stehen werde, legt das den Gedanken nahe, daß England Frankreich unterstützen werde. Von Belgien ist in dieser Erklärung mit keinem Wort die Rede, dagegen von der Hegemonie in Europa, um die es sich bei einem solchen Kriege handle. Ueber den Standpunkt Englands in einem europäischen Kriege konnte also kaum ein Zweifel herrschen, höchstens über den vorläufigen Umfang seines Eingreifens, und auch darüber ist in der Erklärung Greys gar nichts präjudiziert. Die ganze Frage hing also daran, ob zwischen Deutschland und Rußland Krieg ausbrechen werde.

* * *

Brief Greys an Bertie, den englischen Gesandten in Paris. 29. Juli. (Engl. Blaubuch Nr. 87.)

„Ich habe heute Herrn Cambon (französischer Botschafter in London) gesagt, daß die Lage sehr

ernst zu sein scheine und daß ich im Sinne hätte, dem deutschen Botschafter heute mitzuteilen, er möchte sich durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltungen nicht zu einem Gefühl falscher Sicherheit verleiten lassen, daß wir zur Seite stehen würden, wenn alle Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, welche wir jetzt mit Deutschland gemeinsam machen, fehlschlügen. Ich sagte Herrn Cambon auch, daß ich es auch für nötig hielt, dem deutschen Botschafter mitzuteilen, daß die öffentliche Meinung die heutige schwierige Lage von einem ganz andern Standpunkt aus betrachte als die Marokkofrage vor einigen Jahren. In der Marokkokrise war Frankreich in erster Linie interessiert, und es schien, Deutschland versuche, Frankreich zu unterdrücken, indem es einen Streit mit ihm heraufbeschwor in einer Frage, welche den Gegenstand eines besonderen Abkommens zwischen Frankreich und uns bilde. Im Streite zwischen Oesterreich und Serbien fühlten wir uns nicht berufen, uns einzumischen; selbst wenn es sich um eine österreichisch-russische Frage handelte, würden wir uns nicht zur Einmischung berufen fühlen; dann würde es sich um eine Frage der Vorherrschaft zwischen Germanen und Slaven handeln, einen Kampf um die Vorherrschaft auf dem Balkan, und unsere Absicht war immer, es zu vermeiden, in einen Krieg um die Balkanfrage hineingezogen zu werden. Wenn Deutschland, wenn Frankreich darein verwickelt würde, wären wir noch nicht entschlossen, was wir tun sollten. Das wäre ein Fall, den wir noch in Betracht ziehen müßten. Frankreich würde damit in einen Streit gezogen werden, dem es im Grunde fern steht, aber in welchem es gezwungen ist mitzumachen, kraft seiner Verpflichtungen, seiner Ehre, seines Interesses. Wir wären frei von Verpflichtungen und würden zu entscheiden haben, was das

britische Interesse von uns forderte. Ich mußte dies sagen, weil, wie er wußte, wir alle Vorsichtsmaßregeln für unsere Flotte trafen und ich im Begriff war, Fürst Lichnowski (deutscher Botschafter in London) zu warnen, nicht darauf zu zählen, daß wir bei Seite stünden; aber es wäre nicht ehrlich gewesen, Herrn Cambon im falschen Glauben zu lassen, wir hätten schon einen Entschluß gefaßt über unsere Haltung in einem Falle, von dem ich immer noch hoffe, daß er nicht eintrete. Herr Cambon sagte, daß ich die Lage sehr deutlich auseinandergesetzt habe. Er verstand es so, daß wir in einem Balkankonflikt und in einem Kampf um die Vorherrschaft zwischen Germanen und Slaven uns nicht berufen fühlten einzugreifen. Sollten sich andere Folgen einstellen und Deutschland und Frankreich hineingezogen werden, so daß die Frage sich um die Vorherrschaft in Europa drehte, so würden wir dann entscheiden, was für uns notwendig sei zu tun. Er schien auf diese Ankündigung vorbereitet und machte keine Bemerkungen dazu. Er sagte, die Meinung Frankreichs sei ruhig und entschlossen; er sah eine Forderung Deutschlands voraus, daß Frankreich neutral bleiben solle, während Deutschland Rußland angreife. Diese Versicherung könnte Frankreich natürlich nicht geben. Es war verpflichtet, Rußland zu helfen, wenn Rußland angegriffen werde."

Charakteristisch für die Situation sind auch Aeußerungen Greys zum deutschen Botschafter (am 29. Juli, englisches Blaubuch Nr. 89) „— es sei nicht meine Absicht, ihn durch den zuvorkommenden Ton unserer Unterredungen, den ich auch in Zukunft festzuhalten hoffte, zu täuschen und ihn glauben zu machen, daß wir unbeteiligt bleiben würden." — Ferner: „Ich hoffte, daß unser Umgang in demselben freundschaftlichen Ton wie bisher fortfahren, und daß ich auch

ferner im Stande sein würde, mit der Reichsregierung im Interesse des Friedens Seite an Seite zu arbeiten. Sollten aber unsere diesbezüglichen Bestrebungen mißlingen und die Frage tatsächlich eine europäische werden, dann wünschte ich mich seinerseits nicht dem Vorwurfe auszusetzen, die in aller Freundschaft zwischen uns stattgefundenen Gespräche hätten ihn oder die Reichsregierung irrtümlicherweise dahin geführt, annehmen zu dürfen, daß wir untätig blieben, und dem weitern Vorwurf, daß, wären sie nicht in dieser Weise irregeleitet worden, der Lauf der Dinge sich dann anders gestaltet hätte." Von der belgischen Neutralität spricht Grey am 30. Juli zum ersten Male (engl. Blaubuch Nr. 101).

Brief Greys an Goschen (Botschafter in Berlin) vom 1. August (engl. Blaubuch Nr. 123): „Ich sagte dem deutschen Botschafter heute, daß die Antwort der deutschen Regierung betreffend die belgische Neutralität sehr zu bedauern sei, weil man der Neutralität Belgiens in England einen sehr hohen Wert beilege. Wenn es Deutschland über sich gewänne, dieselbe Versicherung zu geben wie Frankreich, würde es in hohem Maße dazu beitragen, Angst und Spannung hier zu lösen; andererseits, wenn einer der Kriegführenden die Neutralität Belgiens verletzte, während der andere sie achtete, würde es sehr schwierig sein, die öffentliche Meinung in England zurückzuhalten. Ich sagte, daß wir diese Frage in einer Kabinettssitzung besprochen hätten, und da ich ermächtigt war, ihm dies zu sagen, gab ich ihm darüber ein Memorandum. Er fragte mich, ob, wenn Deutschland ein Versprechen abgebe, Belgiens Neutralität nicht zu verletzen, wir uns verpflichten würden, neutral zu bleiben. Ich antwortete, daß ich das nicht sagen könnte. Unsere Hände seien immer noch frei, und wir würden in Betracht ziehen, wel-

ches unsere Haltung sein würde. Ich konnte nur sagen, daß unsere Haltung in weitgehendem Maße durch die öffentliche Meinung bestimmt würde und daß die Neutralität Belgiens einen sehr starken Einfluß auf die öffentliche Meinung habe. Ich glaubte nicht, daß wir ein Versprechen, neutral zu bleiben, geben könnten nur auf diese Bedingung hin. Der Botschafter drang in mich, ob ich nicht die Bedingungen formulieren könnte, auf welche hin England neutral bleiben würde. Er selbst glaubte, daß die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien garantiert werden könnte. Ich sagte, daß ich mich verpflichtet fühle, definitiv jedes Versprechen, neutral zu bleiben, zu verweigern auf ähnliche Bedingungen hin, und ich konnte nur sagen, daß wir unsere Hände frei halten müssen."

Noch zwei weitere Dokumente des englischen Blaubuches weisen darauf hin, daß die englische Regierung zum mindesten schon während der Verhandlungen ihre Stellung bezogen hat. Am 1. August telegraphiert Bertie, der englische Botschafter in Paris, an Grey (Nr. 140): „Der französische Kriegsminister ließ heute abend unseren Militärattaché noch einmal rufen, da er seiner Aussage nach den letzteren auf dem Laufenden halten wolle." Das war also zu einer Zeit, wo England offiziell noch nicht Stellung genommen hatte. Ferner das Telegramm Greys an Bertie (engl. Blaubuch Nr. 148). Grey hat am Morgen des 2. August Herrn Cambon folgenden Bericht übergeben: „Ich bin ermächtigt worden, zu versichern, daß — sollte die deutsche Flotte in den Aermelkanal eindringen oder durch die Nordsee Feindseligkeiten gegen die französische Küste oder die französische Schiffahrt unternehmen — die britische Flotte jedweden möglichen Schutz gegen solche Angriffe gewähren werde." Diese Versicherung muß

noch vom Parlament gutgeheißen werden. — England erklärt hier gewiß nicht, daß es jedenfalls für Frankreich gegen Deutschland in den Krieg eingreifen werde; aber es setzt doch der deutschen Kriegführung gegen Frankreich bestimmte Schranken mit der klaren Aussage, daß es Frankreich unterstütze, wenn Deutschland sie überschreite. Interessant ist aber vor allem die nun folgende Begründung: „— der französischen Regierung, deren Flotte schon lange vereinigt im Mittelländischen Meere läge, sei es von größter Wichtigkeit, zu erfahren, welche Maßregeln sie ergreifen müsse, da die Nordküste Frankreichs gänzlich unverteidigt daliege." — Mit anderen Worten: Frankreich würde zufolge der Deckung von seiten Englands in den Stand gesetzt, seine ganze Flotte im Mittelmeere zu verwenden. Was aber noch wichtiger ist: die Tatsache, daß die ganze französische Flotte schon längere Zeit im Mittelmeere sich befand, ist ein sicherer Beweis dafür, daß zwischen den beiden Staaten eine Marinekonvention bestand, welche es Frankreich gestattete, seine Flotte im Mittelmeere zu konzentrieren.

* * *

Das Urteil über den Ausbruch des europäischen Krieges reduziert sich also auf die Frage, ob Oesterreich den Krieg an Serbien erklärte und ob Rußland Serbien unterstützte, d. h. auf den Stand der Balkanfrage in dem gegebenen Momente. Dabei entzieht sich einstweilen noch der Kenntnis, ob Rußland die Haltung Serbiens gestärkt hat. Dagegen ist sehr wahrscheinlich, daß Rußland auf eine Mitwirkung Englands rechnete. Jene Erklärung Greys an Cambon datiert vom 29. Juli, also zwei Tage vor dem deutschen Ultimatum an Rußland. Da sie weiterhin völlig der historischen Situation und Auf-

fassung Englands entsprach, ist anzunehmen, daß Rußland und Frankreich von jeher mit einer solchen Haltung Englands im Falle eines Krieges gerechnet haben; daß diese Auffassung ihren Rücken stärkte, ist selbstverständlich. Dabei kann man immer noch annehmen, daß sie auf ein Nachgeben Deutschland-Oesterreichs oder doch wenigstens auf die Zustimmung der beiden Mächte zu einer Konferenz rechneten. Beide Lösungen wären durchaus zugunsten der Tripelentente gewesen.

In einer Schlußbetrachtung möchte ich noch einige Gesichtspunkte für eine moralische Beurteilung zusammenstellen.

Man kann gewiß die österreichisch-ungarische Politik sowohl gegen die Fremdvölker im eigenen Staate als auch gegen die kleinen Balkanstaaten nicht durchweg gutheißen. Was die innere Politik anbetrifft, möchte ich aber darauf hinweisen, daß Bismarck im Jahre 1883 die magyarisierende Politik, sogar gegen die Deutschen Ungarns, ausdrücklich gebilligt hat. Er schrieb: „Wir legen auf die Stärke und Einheitlichkeit des ungarischen Reiches einen so hohen Wert, daß unsere Gemütsbedürfnisse dagegen zurücktreten müssen." — Ferner erinnere ich noch einmal daran, daß Rußland in dieser Hinsicht mindestens so schlimm gehandelt hat. Das Verhalten Oesterreichs gegen die Balkanstaaten war Notwehr, da hinter jenen die drängende Macht Rußlands stand.

Es ist auffällig, wie Frankreich den Verlust von Elsaß-Lothringen nicht verschmerzen konnte, während es sich mit England verband, das sein gesamtes früheres Kolonialreich zerstört hat und noch 1898 bei Faschoda in einer Weise gegen Frankreich aufgetreten ist, wie Deutschland es seit 1870 nie getan hat. Das scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß von 1870/71 her mehr das Bewußtsein der

Niederlage geschmerzt hat als der materielle Verlust. Immerhin ist zu bemerken, daß das Rheintal, um welches Deutschland und Frankreich seit mehr als tausend Jahren rivalisieren, eines der wichtigsten, vielleicht das wichtigste Gebiet Europas ist. Etwas Aehnliches sehen wir im Verhältnis von Italien zu Oesterreich, wo Italien auch nicht vergessen kann, daß es aus eigener Kraft keine Siege gegen Oesterreich zu erringen vermocht hat.

Und zuletzt sei noch auf zwei besonders schroffe, innere Widersprüche hingewiesen: England, das die Vorherrschaft in der Welt zum Teil realisiert hat, zum Teil beansprucht, tritt als Vorkämpfer des Gleichgewichtes in Europa auf, und Rußland, das in seinem eigenen Reiche die fremden Nationalitäten beseitigt, spielt auf dem Balkan den Verteidiger des Nationalitätenprinzipes.

Ist der Krieg unvermeidlich gewesen? Man kann das nie im strengen naturwissenschaftlichen Sinne behaupten; man kann nur sagen, die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands haben ihn für unvermeidlich gehalten. Man muß darin zwei Stufen unterscheiden: erstens hielten sie es für notwendig, Oesterreich in seinem Vorgehen gegen Serbien, innerhalb der Grenzen, denen es zugestimmt hatte (Garantie seiner territorialen Integrität), freie Hand zu lassen. Weiter hielten sie es für notwendig, als Rußland durch seine diplomatische Aktion und namentlich durch seine Mobilisation zeigte, daß es Serbien unterstützen wolle, Oesterreich gegen Rußland zu decken. Weiter glaube ich, darf man nicht gehen im Urteil gegen die Leiter der deutschen Politik. Ob sie sich darin geirrt haben, kann vielleicht niemand entscheiden; niemand kann wissen, welche Wirkungen ein weiteres Zuwarten für Deutschland, Oesterreich und ihre Beziehungen untereinander

mit sich gebracht hätte. Die Frage, wer den Krieg relativ unvermeidlich gemacht habe, möchte ich allerdings damit beantworten, daß ich in dem Zusammenfluß des slavischen Vordrängens mit dem zähen Nachleben der französischen Revancheidee und den neuen Spannungen, die durch die Expansionspolitik, namentlich zwischen Deutschland und England, geschaffen worden sind, die Hauptursache sehe, nicht in der österreichischen Politik; man kann sich deren Fehler sehr wohl wegdenken, und die Dinge auf dem Balkan wären gleichwohl ihren verhängnisvollen Weg gegangen. Ein weiteres erschwerendes Moment war, daß, wenn der Krieg an irgend einer Stelle zwischen Großmächten ausbrach, auch die Frage des europäischen Gleichgewichtes aufgerollt wurde.

Im ganzen sehe ich mehr Verhängnis als persönliche Verschuldung, eine gewisse Fatalität, welche dem Wesen der Machtpolitik innewohnt, wobei ich allerdings bezweifeln möchte, ob eine andere denkbar ist.

3 0112 072648105